

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Meisa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Meisa, des Finanzamts Meisa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassent: Dresden 1890
Circulstraße Meisa Nr. 52.

Nr. 94.

Montag, 23. April 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für April 1923: 1000 Mark. — Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 250.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50.— Mark; Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50.— Mark. Beste Tarife, bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meisa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Meisa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Meisa; für Anzeigen: Wilhelm Dittlich, Meisa.

Auf Blatt 6 des Genossenschaftsregisters, den Gesellschaften „Kaufmann- und Sparverein“ und „Volkswohl“ e. G. m. b. H. in Meisa betr., ist heute eingetragen worden: Die Satzung ist hinsichtlich des Eintrittsgeldes und des Geschäftsanteils — künftig 10000 Mark — abgeändert worden. Amtsgericht Meisa, den 18. April 1923.

Derstliches und Sächsisches.

Meisa, den 23. April 1923.

— **Ruhrstunde.** Von sieben Herren am Stammtisch im „Sächsischen Hof“ sind für die Bedrängten an Rhein und Ruhr 85 Tausend Mark gespendet worden.

— **Landeslehrervereinigung.** Als Unterabteilung des Bezirkslehrervereins Meisa ist eine Landeslehrervereinigung Meisa gegründet worden, die es sich zur Aufgabe macht, im Rahmen der Großorganisation im besonderen wirtschaftliche und gesellschaftliche Bestrebungen zu pflegen und eine innigere Verbindung mit dem Bezirkslehrerverein herzustellen. Ganz besonders wird sie die Interessen ihrer Mitglieder bei Festlegung von Mieten und Wohnungsbauabgaben für Dienstwohnungen und bei Aufstellung einer neuen Besoldungsordnung auf Grund eines veredelten Wohnausgleiches ebenso energisch zu vertreten versuchen, wie bei Trennung von Schul- und Kirchenlehn.

— **Der gestrige Sonntag,** der eigentlich als erster diesjähriger Paumbisulffesttag angesehen werden möchte, war von der Witterung nicht günstig beeinflusst. Infolge des immer wieder einsetzenden Regens und der vorherrschenden Kühle war denn auch der Ausflugsverkehr nur ein schwacher. Durch die Kältefälle ist die Paumbisulfe im allgemeinen etwas zurückgeblieben. Essentlich können wir uns recht bald der wärmenden Sonnenstrahlen erfreuen, die vor allem auch auf die entwickelnde Natur vorteilhaft einwirken würden.

— **Gefohlene Fünftausendmarktscheine** im Verkehr. Wie die Blätter aus Dortmund melden, lieferte dieser Tage eine für die Reichsbank tätige Buchdruckerei 250 Millionen Mark in neuen Fünftausendmarktscheinen ab. Da die Lieferung kurz vor Bankstillstand erfolgte, konnten die Scheine nicht mehr mit Kontrollnummern versehen werden und wurden der Sicherheit halber im Reichsbank des Reichsbankgebäudes untergebracht. Am nächsten Tage stellte es sich heraus, daß der Keller erbrochen und die Scheine gestohlen waren. Kurz darauf erschienen die ersten gefohlenen Scheine, die inzwischen von den Dieben mit falschen Kontrollnummern versehen worden waren, im öffentlichen Verkehr. Es handelt sich um eine ganze Serie. Die falschen Kontrollnummern sind größer und blasser als die richtigen und sind verifizierbar.

— **Erwerbslosenunterstützung** bestehen vom 16. ds. Ms. ab je nach der Ortsklasse, wöhnliche Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, täglich bis zu 2400, 2250, 2100 und 1950 M., männliche Personen über 21 Jahre, die im Haushalt eines anderen leben, bis zu 2100, 1950, 1800 und 1650 M., männliche Personen unter 21 Jahre bis 1450, 1350, 1250 und 1150 M., weibliche Personen über 21 Jahre: sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, erhalten bis 2100, 1950, 1800 und 1650 M., weibliche Personen über 21 Jahre, die im Haushalt eines anderen leben, bis 1750, 1650, 1550 und 1450 M., weibliche Personen unter 21 Jahre bis 1300, 1200, 1100 und 1000 M. Der Zuschlag für Ehegatten beträgt bis 850, 800, 750 und 700 M., für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige bis 700, 650, 600 und 550 Mark.

— **Unveränderter Gold- und Silber-Aufkaufspreis.** Der Aufkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf Weiteres unverändert zum Preis von 85 000 Mark für ein Gramm goldhaltig, 42 500 Mark für ein Gramm silberhaltig. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Aufkauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf Weiteres ebenfalls unverändert zum 1500fachen Betrag des Nennwertes.

— **Folgende Standgerichte.** Wie der Teleton-Sachdienstoff aus zuverlässiger Quelle erzählt, werden die zurzeit in Berlin arbeitenden Standgerichte auf Viehmärkten und in Markthallen für das ganze Reich und somit auch für Sachsen eingeführt werden. Die für Sachsen gültigen Bestimmungen sind schon in den aller-nächsten Tagen zu erwarten.

— **Jugend von heute.** In dem Oberberichter der Leitung der Zittauer Mädchenberufsschule heißt es u. a.: Schwere Klagen wurden von Lehrern und Lehrerinnen der Fabrikarbeiterklassen über das unbotmäßige Verhalten vieler Schülerinnen geführt. Freiheit und Willkürlichkeit wurden gewöhnlich als Gründe für die Einträge in das Strafbuch angegeben. Unhaltbare Zustände ergaben sich besonders vor dem in die Abendstunden fallenden Schluß dieser Klassen. Junge Mädchen lamelten sich des öfteren vor dem Schulhause an, pöbeln, riefen die Namen mancher Mädchen und hörten so den Unterricht, nach dessen Beendigung sie die Mädchen vom Schulhause begleiteten. Die polizeiliche Aufsicht brachte keine dauernde Hilfe.

— **Wiederzusammentritt der Bundeskonferenz.** Die 7. außerordentliche Bundeskonferenz wird am Dienstag, 24. April, nachm. 6 Uhr, im Gemeinderat der Kreuzstraße zu Dresden nochmals zusammentreten, um zur Erledigung der bereits vorbereiteten Vorlage zum Kirchensteuergesetz betreffend die Befreiung der Geistlichen und die Verwaltung der geistlichen Güter zu schreiben. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern.

— **Som diplomatischen Dienst.** Dem zum Argentinischen Konsul bei dem Argentinischen Generalkonsulat in Hamburg ernannten Alberto Guridi Berjergue und dem zum Bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Napoleón Roca ist namens des Reiches das Aequatur erteilt worden. Die Genannten werden

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 27 431 Mark.

auch für das sächsische Staatsgebiet anerkannt und ausgestellt.

— **Vorstandsitzung des Sächsischen Gemeindetages.** In der letzten in Dresden abgehaltenen Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages wurde wiederum eine große Anzahl wichtiger Gemeindefragen behandelt. Gegen die Entwürfe eines Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 über die Wohlfahrtspflege werden vom Standpunkte der allgemeinen Gemeindevverwaltung, vor allem hinsichtlich der Kosten- und der Organisationsfrage, die schwersten Bedenken erhoben. Zu dem neuen Wohlfahrtspflegegesetz wird betont, daß der Entwurf solange als befruchtend angesehen werden müsse, als nicht die zu erwartende reichsrechtliche Regelung des gesamten Fürsorgewesens und die ebenfalls für eine nahe Zukunft bevorstehende Änderung des Unterstufungswohlfahrtsgesetzes vorliegen. Die vorgesehene Erstattung von 1/3 des Aufwandes an die Pflegebezirke wird als ungenügend bezeichnet und die Übernahme der Hälfte der den Gemeindefürsorge entstehenden Aufwendungen der gesamten Wohlfahrtspflege durch den Staat gefordert. Der weiteren Voraussetzung, daß den Gemeinden für die Unterbringung Hilfsbedürftiger in den staatlichen Anstalten wie bisher so auch in Zukunft nur die Tarifhöhe dieser Anstalten berechnet werden. Nachdrücklich Einspruch wird ferner erhoben gegen die in dem Entwurf enthaltenen ungerechtfertigten Einschränkungen der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden. Auch ist eine Erstattungsfrist der unterhaltspflichtigen Angehörigen bis zu außerordentlich gesteigerten Auswendungen der Gemeinden (ein Kranker verursacht zurzeit eine jährliche Ausgabe von rund 21 Millionen, ein Krüppel von rund 1,5 Millionen) auch in der Wohlfahrtspflege unerlässlich. Das Ministerium des Innern hat die Gemeindefürsorgebehörden angewiesen, die vom Sächsischen Gemeindetage aufgestellte Kugelordnung für dauernd beschäftigte Angehörige solange nicht zu genehmigen, als in ihr nicht eine Beitragserleichterung der Angehörigen, wie sie bei den Gemeindefürsorgearbeiten für die Ruheentgeltgewährung eingeführt ist, in Höhe von 2 1/2 Prozent der Vergütung vorgesehen ist. Gegen diese Auffassung des Ministeriums wird Einspruch erhoben. In der vom Ministerium des Innern am 8. Juli erfolgten Verordnung über Langvergnügungen ist gesagt, daß der Zutritt Personen vor vollendetem 16. Lebensjahre verboten ist. Es hat sich als dringend notwendig herausgestellt, daß fortbildungspflichtigen Personen der Besuch öffentlicher Langvergnügungen allgemein untersagt wird, wie dies früher der Fall war. Die Regierung soll um entsprechende Abänderung der Verordnung ersucht werden.

— **Wagenstandgeldsätze im Güterverkehr.** Mit Gültigkeit vom 16. April 1923 sind im Nebenabtarif des Deutschen Eisenbahn-Tarifs, Teil 1 Abs. B, und des Deutschen Eisenbahn-Tarifs, Teil 1, Wagenstandgeldsätze für die ersten 24 Stunden von 7800 auf 4000 Mark, für die zweiten 24 Stunden von 11 600 auf 6000 Mark und für jede weiteren 24 Stunden von 19 400 auf 8000 Mark ermäßigt worden. — Mit Gültigkeit vom 26. Januar 1921 war der § 63 (5) der Eisenbahn-Betriebsordnung dahin geändert worden, daß die Gebühr für die Abstellung von Wagen bereits erhoben wird, wenn ein Wagen vor der Bereitstellung wieder abgestellt wird — bisher, wenn ein Wagen erst nach der Bereitstellung, aber vor Ablauf der Beladezeit wieder abgestellt wurde. Die Gebühr, die nach dem bisherigen Wortlaut des Abschnitts 8 im Nebenabtarif des Deutschen Eisenbahn-Tarifs, Teil 1 Abs. B, und des Deutschen Eisenbahn-Tarifs, Teil 1, 7800 Mark betrug, ist, ebenfalls vom 16. April 1923 ab, für den Wagen (auch für ein Schmelz- oder Kuppelwagenpaar), der erst nach 12 Uhr mittags des dem gewöhnlichen Stelltag voranhebenden Stelltages wieder abgestellt wird, auf die Hälfte des Wagenstandgeldes für die ersten 24 Stunden, nämlich auf 2000 Mark, festgesetzt worden. Wird ein Wagen nach der Bereitstellung unbeladen zurückgegeben oder nach Ablauf der Beladezeit wegen Nichtbeladung dem Besteller wieder entzogen, so ist vom Zeitpunkt der Bereitstellung ab wie bisher das tarifmäßige Wagenstandgeld zu zahlen.

— **Muttersprache und Fremdsprache.** Dr. Etche, Leipzig, schreibt: Die Muttersprache ist ein Teil meines Ichs. Jede fremde Volkssprache, und sie kann die noch so vertraut werden, horst du nur. Sie bleibt immer Eigentum eines fremden Ichs. Sprechen kann aber auch ein vollständiges Teil meines Ichs werden, denn es ist eben nicht Eigentum eines fremden Volkes. Fühlt du nicht den ungeborenen Wert und die innere Bereicherung, die je nach Bedürfnis in zwei eignen Sprachen verfaßbar zu können?

— **6. G.D.N.-Sachsentag.** Samstag, 24. April 1923. Der freiwillig-sozial-nationale Gewerkschaftsbund der Angestellten, der seine Bestrebungen auf parteipolitisch-religiös-politisch-religiös-neutraler Grundlage verfolgt, veranstaltet am 12. u. 13. Mai in Chemnitz seinen 5. G.D.N.-Sachsentag. Vertreter von über 150 Ortsgruppen und zahlreiche Gäste haben sich bereits angemeldet. Für Sonntag, den 13. Mai ist im größten Chemnitzer Saal (Kaufmännisches Vereinshaus, Moritzstraße) eine öffentliche Angestellten-Rundgebung vorgesehen.

— **Wergendorf.** Auf Einladung der Lehrerschaft wurde im Gasthof Wergendorf kurz nach Beginn des Schuljahres eine Elternversammlung abgehalten, die Stellung nehmen sollte, ob auch an der hiesigen Schule die

Bildung eines Elternrates erwünscht sei oder nicht. Trotz wiederholter Aufforderung des Schulleiters an die zahlreich erschienenen Eltern konfessioneller und konfessionsloser Richtung wurde von keiner Seite der Wunsch nach Bildung eines Elternrates laut. Da man sich schon ausreichend vertreten weiß, finden hier keine Wahlen zum Elternrate statt.

— **Dresden.** Am 20. dieses Monats ist in der Nähe der Karlsstraße die Leiche einer unbekannt, etwa 40 bis 50jährigen Frau aus der Elbe gezogen und nach dem St. Pauli-Friedhofe überführt worden. Die Tote ist 1,50 m groß, unterleert, hat dunkelbraunes Haar, unvollständige Zähne und rundes Gesicht. Die Tote hat, nach der vorge-schrittenen Verweilung zu urteilen, schon längere Zeit im Wasser gelegen. — Das Preseamt des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: Im Minderjährigen entzogenen, die sich im Landtag bei der Besprechung der Anträge über die Festnahmen im „Bienenkorb“ gezeigt haben, wird folgendes mitgeteilt: 1) Ein auf die Anzeige eines Festgenommenen gegen Beamte wegen Freiheitsberaubung abhängiges Verfahren ist eingestellt worden. Die gegen den Einstellungs-beschluß erhobene Beschwerde ist vom Generalstaatsanwalt verworfen worden. 2) Die Untersuchung gegen die im „Bienenkorb“ Festgenommenen wird vom Oberstaatsanwalt fortgeführt. — Gestohlen wurden am 16. April aus einem unverschlossenen Schrank in der offenen Straße der katholischen Pfarrkirche am Albertplatz zwei Messiasen von Glas mit Nickelbeschlag, auf dem Deckel je ein A. beim. F. von Meising, zwei verfilzte Melancholien, sechs weiße Chorbinden von Leinwand mit roter bzw. weißer Spitze und ein weißes Leinenhandtuch mit roten Nadeln. — **D.R.** im Gesamtwert von 118 000 Mark. — Das 18jährige, aus Weindöbela gebürtige Dienstmädchen, Emma Dora Schneider hatte am 3. Januar 1923 den Verlust gemacht, ihre Mutter und ihren Stiefvater mit Bitterkeulung zu verlassen. Die Schneider wurde vom Schwurgericht Dresden zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 1897 zu Dresden-Steglich geborene, wiederholt vorbestrafte Schuhmacher Guano Bruno Dreßler wurde von der Polizei in Meißau festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Dreßler trat in der letzten Zeit einmal als Beauftragter oder Helfer der Inneren Mission auf, um schwerbar Mitglieder zu werben und Beiträge zu sammeln, oder er suchte Angehörige von Strafgefangenen auf, deren Verhaftung er in Hoheneck oder Wahren gemacht hatte, und die noch längere Zeit abzusitzen haben. In solchen Fällen erschwand er sich entweder Geld oder Kleidungsstücke. Aber auch größere Vorkaufbetrügereien verübte Dreßler. Er versprach aus Nachlässen Möbel, Waaren und dergleichen Sachen zu liefern. Dreßler trat in Dresden und Umgebung, weiter in Meissen, Leipzig, Rochwitz, Leipzig, Borna, Witten und deren Umgebungen oft mit großem Erlöse auf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Dreßler noch mehr ähnliche Straftaten begangen hat, worüber bisher noch keine Anzeigen erstattet wurden.

— **Wilsdruff.** Wegen Heberfälschung der Butterhöchstpreise mußte sich der Molkereibesitzer Mag. Kahne in Wilsdruff vor dem dortigen Schöffengericht verantworten. Das Urteil lautete auf 100 000 Mark Geldstrafe, sowie auf Einziehung von 63 000 Mark angeblich erzielten Ubergewinnes.

— **Rabenau.** In einem Kampfe der hiesigen Stadtverwaltung um besseres und billigeres Gas ist insofern ein Erfolg zu verzeichnen, als durch richterliche Verfügung dem Gaswerk Rabenau in dem von der Stadtverwaltung unabhängig gemachten Falle aufgegeben worden ist, das Gas für den Preis von 500 M. für den Kubikmeter zur Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall solange weiter zu liefern, bis über die Preisbemessung ein Schiedsgericht gesprochen hat. Das Gaswerk wird nunmehr mit Bezug hierauf aufgefordert werden, das Gas überal wieder anzustellen. Im Weiteren sollte werden weitere gerichtliche Schritte unternommen werden.

— **Schönberg.** In dem stillgelegten Steinbruch unterhalb des Gasthofes „Zum stillen Feix“ hatte sich in einer alten verlassenem Schmelzstätte ein Höhlenmensch primitiver Art geföhrt. Die Polizei nahm die beiden Leute, die feinerlei Ausweisepapiere bei sich führten, fest. Schönberg (D.-L.). Ihr 100. Lebensjahr vollendet heute die hier wohnende Frau Friederike Wiefel geb. Dobrich. Bis vor kurzem war die Hochbetagte noch körperlich rüstig. Infolge eines kleinen Unfalles muß sie jetzt das Bett hüten, treulich gepflegt von ihrer verwitweten Tochter, die am gleichen Tage ihr 70. Lebensjahr vollendet. Das Gedächtnis der Hundertjährigen ist noch überaus frisch und sie erzählt gern aus ihrer Jugendzeit. Ihr Lebensunterhalt ist unter den heutigen Verhältnissen natürlich knapp.

— **Baun.** Die alljährlich, so hielt auch in diesem Frühjahr die Lausitzer Gesellschaft Matice Sribste in Baun ihre Generalversammlung ab. Der Bericht eines Brager Tagesblattes enthält u. a. folgendes: Die Gesellschaft hat den Zweck, dem wendischen Volke in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Wege zu ebnet, die zur Selbstbestimmung führen. Wie im vorigen Jahre, so soll auch in diesem Jahre der Wendische Gesangsverein den Tischen in der Tische-Slowatei einen Besuch abstatten, und zwar voraussichtlich nach Maudny und Aufsig fahren. Darüber hinaus ist auch eine Fahrt zu den polnischen Nachbarn geplant. Es ist beabsichtigt, Warschau aufzusuchen. Weiter besagt der Bericht, daß es einen Zentralverband aller serbisch-lausitzer Vereine unter dem Namen Domovina gibt, der den Wendischen Volksrat für die Ausfüh-

schaffen wird. Bemerkenswert ist vor allem, daß an den ...

Grünbäntichen. Am Sonnabend früh gegen 7 Uhr ...

Der kommunistische „Kämpfer“ berichtet aus ...

Der Goldhändler H. M. in Göttingen gibt in der ...

Über angebliche Waffenfunde in einer ...

Im Hause der ...

Am Freitag vormittag sind 600 Kinder ...

Der deutsche Protest gegen den Raub Oberschlesiens.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 23. April 1923.

Der deutsche Protest gegen den Raub Oberschlesiens. Berlin. Die ...

Stolze Herzen. Roman von Alfred Tassen.

Von einem sonderbaren Unbehagen erfaßt, sah Lotte zu ...

negiere. Deutschland hat die Rechtsverwahrung gegen die ...

Die Erledigung des Falles Baeran. Prag. Die ...

Wieder ein Bürgermeister verhaftet. Duisburg. ...

Wüst Vergleite ertrunken. London. In einem ...

Die englische Presse zum Reparationsplan. London. ...

Kein Verzicht des englischen Reparationsanteils. London. ...

Lebenslängliches Zuchthaus für einen Muttermörder. ...

Ausländerrazzia unter den Linden in Berlin. ...

Leins erblickte, wie in unbestimmter Furcht. ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

unternahm die Berliner Kriminalpolizei eine große ...

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Die Savas-Agentur verbreitet ein lautes Telegramm ...

Der Völkerbundsstaatsrat für die österreichische ...

Im Namen des Völkerbundsstaats erklärte in der ...

Zur Lage der Deutschen in Nordschleswig.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Bei der dritten ...

Leins erblickte, wie in unbestimmter Furcht. ...

„Du bist auch so — so häßlich,“ sagte sie ihren ...

Wie sich fast an allen Grenzen bedroht, teilweise durch direkte staatliche Übergriffe, wie bei Frankreich und Polen. An der deutsch-dänischen Grenze sei es nur zu klären gekommen. Das alles habe naturgemäß auf die an und für sich erwünschte gesellschaftliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der dänischen Kinderarbeiten (südl. der Grenze) hemmend gewirkt. Bedner sprach sich dann sehr scharf gegen das dänische Vorgehen aus, die Grenze zu einer schwer übersteigbaren Mauer zu machen und setzte an einlagen Bespiel, wie man selbst in Westfalen in das schlesische Leben stürze und hart einreize und wie die Nord-schleswiger, die im Lande geboren und aufgewachsen seien und die keine andere Heimat hätten als Nordschleswig, in Gefahr schwebten, diese zu verlieren, weil der dänische Staat ihnen die Aufenthaltserlaubnis verweigern könne und teilweise auch verweigere. Bedner richtete schließlich die Frage an das Haus, ob es eine derartige Grenzpolitik billige. Der Präsident des Reichstages nahm darauf Veranlassung zu erklären, daß der Bedner, soweit er ihn verstanden habe, vor Übergriffen anderer Staaten gegen Deutschland gewarnt hätte. Das sei unzulässig. Ein solcher Tatbestand liege nach seiner Überzeugung nicht vor. Auch sei es unzulässig, Dänemark ähnliche Absichten zu unterstellen. — Im weiteren Verlauf der Debatte ergriffen auch Minister das Wort und nahmen zur Rede des Abg. Schmidt Stellung, ohne jedoch auf den Kern seiner Ausführungen einzugehen.

Die Kinder des Ruhrgebietes.

Von Hans Martin Ester.

Reimende Frühlingszeit — wir gebelst der Kinder im Ruhrgebiet. Ich habe sie gesehen in Bochum, Herne, Buer... Sie wollten spielen im ersten warmen Sonnenschein, aber es lag auf ihnen wie eine Last. Denn sie sahen im Gesicht ihrer Eltern, der Erwachsenen kein Lächeln mehr. Sie hörten sprechen von Steuern und fühlten, wie Unfreiheit alle bedrückte. Im Abendhain vor den Häusern sich tummeln, war ihnen verboten, denn die Sperre warf jeden Deutschen hinter seine Türen. Unheimlichkeiten, Grauen lagerte in der Luft. Die Eltern, die Lehrer wiesen sie besonders Wege: die heimtückische Welt war verpestet.

So sehr verpestet durch die fremden Soldaten, daß das erste Keimen menschlichen Fühlens zerpreßt wurde. Denn wenn die Kinder im Ruhrgebiet arglos und schelmisch einmal einem Poilu begegnen wollten, sprang ihnen Gemeinheit und Berechnung entgegen. Ihren Hunger nützte man aus, um sie beim Essenholen zu photographieren, ihren Gehorsam, um sie zum Essenholen zu verwenden und dabei zu photographieren. Sie waren keine Kinder mehr, sondern Propagandamittel. ... Furchtbare Schicksal, das das Leben ihrer jungen Tage zerstört...

Und doch bricht es immer wieder durch. Denn sie wissen ja noch nichts. Es sieht nur wie ein dunkles Ähnen durch ihr Gemüt. Sie vergessen noch leicht, und sie sind noch gefesselt am Abglanz des Tages. So machen sie sich aus dem Dunkel der Not und der Sklavensherrschaft noch ihre Momente, so erwachen sie doch jeden Morgen neu mit neuen Hoffnungen, wenn der Hunger nagt, wenn die Milch ausbleibt, weil wieder mal die Franzosen Bahnhöfe willkürlich besetzt oder Sendungen beschlagnahmt haben, wenn die Eltern die Kleinen hungrig ins Bett schicken müssen, weil Teuerung, Berlehrsperre hinderte, genügend Nahrung heranzuschaffen.

Ah, die Kinder im Ruhrgebiet sehen auch nicht blühend aus, wie vorwiegend aus dem Bande. Farbe Mermchen, magere Leiber, färbende Beine, bleiche Gesichter... Sie sind die Kinder eines verarmten, seit zehn Jahren leidenden Volkes. Und gegen sie führt der Franzose seinen Kampf, denn auch sie gehören zu den fünf Millionen der trotz des Herrn Clemenceau. Anidit man ihre Kraft nicht in der Jugend durch Verklüftung der Eltern und Mütter, so vergelten sie, einst erwachsen, vielleicht einmal gefesselt Unrecht, und so sind auch die Kinder eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs. Wie heute wohl schon für die Sicherheit der Besatzungsgruppen. Denn warum mißhandelt man sonst all die Jungen, die aus ihrem unheimlichen Gesichts mutig gegen die Ruhestörer auftreten, warum schlägt man die Bochumer Oberrealschüler, die deutsche Landesverträter kennzeichnen, warum schlägt man jugendliche, die französische Plakate abreißen, weil sie die Beschimpfungen Deutschlands mit ihrem gesunden Empfinden nicht vertragen, in dunkle Keller und peitscht sie dort blutig und lahm? O, sogar vor dem Mut der Kinder hat die tapfere Marianne Angst? Das sollte die ganze Welt merken!

Deutsche aber vergessen der Kinder im Ruhrgebiet nicht. In aller Welt wissen sie, man muß die Kleinen einmal herausholen aus dieser feilsch verpesteten Luft an der Ruhr, die schon physisch durch Kohlenstaub, Stribrenrauch ungesund ist. So kommen denn die Sendboten aus allen deutschen Gauen und Bitten: Götter und Kinder aus dem Ruhrgebiet für ein, zwei, drei Monate, für die ganze Zeit, da der Franzose im Ruhrgebiet hocht. Aber auch jenseits der Reichsgrenzen röhrt es sich: Die Deutsch-Böhmen, die Deutsch-Österreicher sind da und auch die Schweizer, Skandinavier. Dank ihnen allen!

Und habt ihr denn einmal solchen Transparenz- Ruhrgebietskinder gesehen? Das müßt ihr sehen, Deutsche in Stadt und Land! Endlich einmal frei und glücklich, nur mit leisem Heimweh nach Vater und Mutter in einem Winkel des Herzens fahren sie durch das Land, nachdem der Franzose sie unter unendlichen Schikanen herausgelassen hat. Die gebirgt in der Abteilen, fröhlich singend und schwappend, die sonst so bleichen Wangen rot vor Aufregung, die Nasen blut an die Fenster gedrückt, die Augen leuchtend, trinkend die Schönheiten der deutschen Gassen und jeden Schwarm mit Jubel grüßend — so fahren die Ruhrgebietskinder jetzt durch das deutsche Land, nur ein mal wenigstens frei und — fast zu sein...

Turnen, Sport und Spiel.

Nieser Sportverein — 19. Halle 1:2. Unsere heimische Nordschleswiger hatte am gestrigen Sonntag in den Gärten von der Saale einen sympathischen Gegner. Der gute Ruf dieser Art wurde voll und ganz gerechtfertigt, zumal in der 2. Halbzeit, in welcher die nordschlesw. Liga de Pulver verdrängen hatte. Am Laufe der ersten Halb-

zeit dagegen lieferte die Mannschaft ein altes Spiel und verurteilte den Gallieren ganze Minuten. Der Torwächter Ragemann im Verein mit seinen Verteidigern gelang es mit viel Glück und Geschick die Gefahr abzuwenden. Die zweite Halbzeit lag vollständig in den Händen Galles und wurde Niefa nie gefährlich. Die Mannschaft spielte vor allen Dingen in der Stirnreihe sehr geradlinig, welche auch selten den Anstoß mit der Läuferreihe herstellte. — Die Meister spielte in der 2. Halbzeit. In Falkenberg gewann die 3. Elf 1:0. — Damenhandball. Im Wettbewerb in Niefa trennten sich MSV. und Brandenburg bei einem 0:0-Nerlutat. — Fodschabteilung. Ihrem letzten Siege über Wittweida reichte die Mannschaft einen neuen an. Sie schlug nach sehr schönem, teils überlegenem Spiele, die 4. Elf des Klub. S.-E. Veldag 4:3. Verschiedene sichere Torerlebnisse wurden seitens des MSV. ausgelassen. — Abteilung für Jugendpflege. Die Spiele der 1. und 3. Jugend sowie 2. Knaben fielen aus. Die 2. Jugend verlor gegen die 2. Junioren des Pirnarer S.-E. knapp 1:0, während der Knabenmeister die 1. Knaben desselben Vereins nach überlegenem Spiel mit 6:0 abfertigte. — Schachklub. Das gestern vormittag ausgetragene Gesellschaftsspiel zwischen Turnverein Niefa 1. und Dresdenia 2. brachte überraschenderweise den Niefaern den Sieg mit 53:41 Punkten. Bei Halbzeit führte Niefa mit 27:13 Punkten. Dresden konnte erst kurz vor Schlußspiel, bei dem sich Niefa im Mal befand, durch 12 Läufe etwas aufholen. Die Turnvereins-Mannschaft gelangte sich den Gästen besonders im Feldspiel überlegen. Der anhaltend feine Regen und aufgeweichte Boden verhinderten eine volle Entfaltung beider Mannschaften, die andernfalls ein recht gutes Musterpiel gezeigt hätten.

Handball. Am Nachmittag hatte Turnverein Niefa 2. den Turnverein Elsterwerda als Gast und gewann im Gesellschaftsspiel bei abgekurzter Spielzeit knapp mit 41:39 Punkten. — Handball. Anschließend daran trug Turnverein Niefa mit einer überlegenem aus neuen Spielern bestehenden Mannschaft ein Gesellschaftsspiel gegen die 1. Mannschaft des Turnvereins Elsterwerda aus, bei dem sich die Gäste den Sieg mit 4:1 sicherten. Die auf zusammenspielenden und schmerzhaften Auswärtigen gaben dem Niefaer Torwart reichliche Arbeit. Durch große Aufmerksamkeit verhinderte der zum ersten Male des Turnvereins-Tor stehende Torwächter Wehnert eine größere Niederlage. Den Schluß des Tages bildete ein Gesellschaftsspiel zwischen der Elsterwerdaer Jugend und einer Niefaer Mannschaft, die nur mit 4 Mann antrat, wobei ein Ergebnis von 41:36 Punkten ermittelt wurde.

25 Jahre Dresdner Sportklub. Am 30. April werden es 25 Jahre, daß eine kleine Sportgemeinde die Gründung des D.S.C. beschloß. Vom Chancig getragen, den Fußballplatz vorwärts zu bringen, wurde der Klub durch sportliche Erfolge in Dresden und innerhalb Sachsens schnell bekannt. Die Mitgliederzahl wuchs von Jahr zu Jahr und bestrich sich heute auf 700. Mit dem Fußballspiel gemeinsam wurden die Lauf- und Wurfleistungen gepflegt. Auch die Jugendpflege wurde nicht vernachlässigt, denn man war sich ihrer Bedeutung für den Klub schon damals bewußt. Der Drang nach großen Sportserfolgen — Meisterschaften — vergrößerte bald das Ansehen des Vereins; über Sachsens Grenzen hinaus und im Ausland — Wien, Prag, Teplitz, Petersburg, Moskau, Loda u. a. — verdrängte sich der D.S.C. einen Namen. Auch vom Mißgeschick war er nicht befreit, mehrfach mußte er seine sportliche Wirkungsstätte wechseln — Otragebene, Vennplatz, Streblen, Rosener Brücke, Schützenhof, Arachau, Friedensstraße, Dresden-N. — bis schließlich gelang, wiederum im Otragebene seinen Fuß zu fassen und das bereits 1914 entworfene Platzprojekt, das infolge des Weltkrieges zurückgestellt werden mußte, zur Ausführung zu bringen. Im Kampfe fürs Vaterland fielen 47 brave D.S.C.-er. Ein Ehrenmal wird sich am Jubiläumstag als Dankeschuld für die Gefallenen auf dem Vereinsplatz erheben. Die Zeitverhältnisse brachten es weiterhin mit sich, neben dem Fußballplatz, der Leichtathletik und der Jugendpflege dem Tischtennis, Tennis- und Handballspiel und neuerdings auch dem Bogensport besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Nach alledem hat der Verein in den 25 Jahren seines Bestehens wahrer Welterfolg für die Entfaltung der deutschen Leibesübungen geleistet. Dies hat auch den Dresdner Sportklub veranlaßt, den Jubiläumstag in einen festlichen Rahmen zu kleiden und in der Zeit vom 29. April bis 6. Mai dem Dresdner Sportpublikum mit einer großartigen Sportwoche aufzuwarten. Der D.S.C. hat für die Sportwoche vom 29. April bis 6. Mai folgende Gegner fest verpflichtet: Am 29. April wird Wacker-Leipzig gegen in Spanien so erfolgreich gewesene Mannschaft dem D.S.C. stellen. Einen interessanten Kampf dürfte dann weiter der 3. Mai gegen den Kreismeister Guts Muts bringen. Als Abschluß der Sportwoche und als größtes sportliches Ereignis dieses Jahres überhaupt gilt dann wohl das mit Spannung erwartete Erscheinen des mehrmaligen Deutschen Meisters, des 1. F. R. Nürnberg, am 6. Mai.

Kunst und Wissenschaft.

Der „Einheitseffekt“ in der englischen Presse. Die Ergebnisse der letzten Sonnenstern-Expedition sind Gegenstand einer Debatte zwischen dem englischen Astronomen Dylon und dortigen Journalisten gewesen, aus der hervorging, daß Dylon die unbedingte Bekätigung der Einheits-Relativitätstheorie durch Abdringung des Sternlichtes nahe der Sonne für nunmehr erwährt hält. Der englische Astronom befindet sich jedoch im Irrtum, wenn er hier von einem „Einheitseffekt“ spricht, denn der in Rede stehende Effekt ist schon ein Jahrhundert vor Einsteins (1901) von dem deutschen Astronom und Mathematiker Soldner berechnet worden. An praktische Prüfungsmöglichkeiten war damals noch nicht zu denken. Uebrigens ist auch die Verdrängung des Merkurperihelions, ein weiterer Prüfling der Einsteins-Theorie, lange vor ihm durch den deutschen Mathematiker P. Gerber auf Grund paralleler Überlegungen berechnet worden. — Den dritten Prüfling sollte die Rotverschiebung im Spektrum bilden, die jedoch gerade mit den stärksten Instrumenten als nicht vorhanden nachgewiesen wurde. Mathematiker behaupten, daß diese Konsequenz überhaupt unrichtig abgeleitet worden sei. — Was schließlich die geometrisch-physikalischen Folgerungen der Einsteins-Theorie betrifft, so weist sie darin eine enge Verwandtschaft mit den Erwägungen des deutschen Mathematikers B. Riemann auf, der leider längst vor Abschluß seiner tiefstehenden und — psychologisch gesehen, Einsteins überlegenem — Erwägungen (Nachlag 1876) durch Lungenentzündung dahingerafft wurde. So dankbar Deutschland Einsteins für die Verdichtung unserer Vorlesung ist, so wenig sollte es doch seiner großen Ehre verzeihen, die zu dem berühmten Bau wertvolle Grundsteine beigetragen haben. Dr. H. S. Krüger.

Das Verfahren gegen Theaterdirektor Wili. Vor der Kreisbauhauptmannschaft begann am Freitag das Verfahren gegen den Direktor Wili vom Reichstädt Schauspielhaus, bei dem über den Antrag auf Entziehung der Theaterkonzession entschieden werden soll. Die Verhandlung wurde auf den 11. Mai vertagt.

Ehrende Einladung an die Dresdner Staatsoper. Die Internationale Festspielgesellschaft in Zürich ist nach dem ungewöhnlichen Dresdner Erfolge von „ Boris Godunow“ mit dem Generalintendanten Dr. Reuber in Verbindung getreten, um eine Aufführung des Werkes mit den Dresdner Kräften bei den diesjährigen Zürcher Festspielen zu ermöglichen. Der Wunsch nach einem Gesamterfolge war

allerdings mit Rücksicht auf den Spielplan der Staatsoper nicht vollkommen zu erfüllen. Die Verhandlungen haben jedoch dahin geführt, daß das Werk im Rahmen der diesjährigen Zürcher Festspiele mit Dresdner Künstlern unter der musikalischen Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Busch und unter der Spielleitung von Professor Franz Dobrowen in zwei Aufführungen dargeboten werden wird, wobei der szenische Aufbau genau dem Dresdner Vorbild entsprechen wird. Die Vorbereitung für diese Aufführung wird in den Händen von Professor Dobrowen liegen, der die Einstudierung mit dem Zürcher Stadtkapellchor und verstärkten Chören in Zürich leiten wird.

Volkswirtschaftliches.

Die Zeichnungen auf die neue 7 bis 10prozentige Staatsanleihe sind in sehr erfreulichem Umfange eingegangen. Das Gesamtergebnis stellt sich bis jetzt auf rund 8 Milliarden Mark, wobei zu bemerken ist, daß noch fortlaufend Nachmeldungen eintreffen. Da gleichzeitig mit der Preussischen Anleihe eine große Anzahl anderer Anleihen zur Zeichnung auflief, kann das Ergebnis als sehr günstig bezeichnet werden, umso mehr, als zum Schluß der Zeichnungsfrist bereits die Aufwärtsbewegung am Devisenmarkt einsetzte, die naturgemäß einen Teil des Publikums zum Erwerb von Rentenwerten und werthbehalten Anleihen bewegen haben wird.

Steuerabzug bei den Deputatswählern. Vom Landesfinanzamt Dresden wird mitgeteilt: Der Reichsminister der Finanzen hat in einem neuerlichen Erlass folgende grundsätzliche Regelung für die Vornahme des Steuerabzuges vom Arbeitslohn bei den Deputatswählern in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft getroffen. Dem Steuerabzug unterliegt nach § 45 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes der Gesamtarbeitslohn, einerlei in welcher Form oder unter welcher Bezeichnung er gewährt wird. Ein Unterschied zwischen Barlohn und Deputat ist nicht zu machen. Der Abzug ist von dem ganzen Deputat grundsätzlich in dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem das Deputat geliefert wird. Hierbei sind für die Ermittlung des Wertes der Deputate die im jeweiligen Zeitpunkt vom Landesfinanzamt festgesetzten und veröffentlichten Werte maßgebend. Reicht der dem Arbeitnehmer im Zeitpunkt der Lieferung des Deputats gezahlte Barlohn zur Deckung des von Barlohn und Deputat innegehaltenden Steuerabzugsbetrages nicht aus, so hat der Arbeitnehmer, wenn er das gesamte Deputat erhalten will, den fehlenden Barbetrag dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen oder der Arbeitgeber hat einen entsprechenden Teil des Deputats einzubehalten, zu verwerten und den Gegenwert zur Deckung der Steuer zu verwenden. Diese Regelung kann dazu führen, daß Arbeitnehmer, wenn sie zu bestimmten Zeitpunkten größere Deputatsentgelte erhalten, dem Arbeitgeber erhebliche Barbeträge zur Verfügung stellen müßten, wofür sie nicht auf einen Teil des Deputats verzichten. Deshalb ist zur Vermeidung von Härten nachgesehen worden, daß der Arbeitnehmer in diesen Fällen das Deputat nicht auf einmal zur Zeit der Lieferung, sondern nach und nach in denselben Zeitabschnitten veräußert, in denen er den Barlohn erhält. Zur Ermittlung der auf diese einzelnen Lohnabschnitte abzufällenden Deputatswerte und Steuerabzugsbeträge vom Deputat ist zunächst der Gesamtwert der im Laufe des Jahres zu gewährenden gesamten Deputate unter Zugrundelegung der vom Landesfinanzamt für die Deputate festgesetzten Werte vor Jahresbeginn für ein ganzes Jahr zu ermitteln und auf die einzelnen Zeitabschnitte, die für die Barzahlung bestehen, gleichmäßig zu verteilen, so daß also zum Beispiel bei monatlicher Barzahlung auf jeden Lohnabschnitt ein Zwölftel des Jahresgesamtwertes der Deputate entfällt. Dieser Teilwert des Deputats wird dem für den einzelnen Lohnabschnitt gezahlten Barlohn abgezogen hinzuzurechnen und von der Summe der Steuerabzug errechnet. Dabei ist es gleichgültig, wann die Lieferung der Deputate erfolgt ist. Werden die vom Landesfinanzamt festgesetzten Werte der Deputate im Laufe des Jahres geändert, so ist natürlich auch der Jahresgesamtwert der Deputate und der Wert der auf den einzelnen Lohnabschnitt entfallenden Deputatswerte neu zu errechnen.

Marktberichte.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkt fielen sich am Sonnabend die Preise pro Wund wie folgt: Weizen 500 M., Gerst, das Stück 300—350 M., Seelachs o. R. 900 M., Perinot, grüne, alte, das Stück 800 M., Karotten, junge 60 M., Kartoffeln, alte 30—35 M., Rohrtrüb, junger 60 M., Rotkraut, hiesiges 420 M., Weißkraut, hiesiges 320 M., Rabarber 200—250 M., Salat, hiesiger, die Staube 250 M., Sellerie 150—200 M., Spinat 400—450 M., Zwiebeln 150 M.

Vinke-Hofmann-Lauchhammer A.G. — Oberschlesische Eisenindustrie.

Nachdem die Vinke-Hofmann-Lauchhammer A.G. den maßgebenden Aktienbesitz bei der Karo-Gegenstands-Gesellschaft erworben hat, wurde in den Aufsichtsratsitzungen am Sonnabend in Berlin eine Interessengemeinschaft zwischen beiden Gesellschaften beschlossen. Diese tritt nach außen hin zunächst durch einen Austausch von Aufsichtsratsmitgliedern und durch Bildung eines gemeinschaftlichen Ausschusses beider Direktionen in die Erscheinung. Die Verwaltungen werden den Generalversammlungen die nötige Verrechnung beider Gesellschaften durch die fortwährende Aufnahme von Karo durch Vinke-Hofmann vorschlagen, sobald die steuerlichen Wirkungen dies gestatten.

Die Vereinigung Vinke-Hofmann-Lauchhammer-Karo bedeutet nicht nur für beide Gesellschaften eine außerordentliche Festigung und Stärkung, sondern auch vom Standpunkt des gesamten deutschen Wirtschaftslebens eine überaus wichtige Zusammenfassung. Das nach der Abtrennung von Obereschlesien deutsch verbliebene Hochofen- und Stahlwerk Jütlitzhütte wird mit den größten mittel- und ostdeutschen Stahlwerken und dem überaus bedeutungsvollen, auf deutschem Boden liegenden Steinkohlenbergwerk (Preussengrube und Glöcklich-Friedenshoffnung) vereinigt.

Die Verfeinerungsbetriebe des Vinke-Hofmann-Karogerns verbreitern durch die Verbindung mit Karo ihre Rohstoffbasis, die durch die Aufnahme von Lauchhammer im vorigen Jahre bis zum Stahl und zur Braunkohle erstreckt ist, bis zur Steinkohle und zum Rohkohl. Der vereinigte Konzern bedeutet in ganz Mittel- und Ostdeutschland eine mächtige industrielle Kombination.

Ferner hat die V.-H.-G. die Aktienmehrheit der Archimedes-Aktiengesellschaft erworben, welche Schrauben- und Nietenzubereitung in Breslau und Berlin betreibt.

In den Aufsichtsratsitzungen der Vinke-Hofmann-Lauchhammer A.G. und der Karo-Gegenstands-Gesellschaft wurden die Finanzen vorgelegt. Beide Gesellschaften haben — gemessen an unseren heutigen Wirtschaftsverhältnissen — befriedigende Abschlüsse aufzuweisen. Die Oberschlesische Eisenindustrie wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1922 bei ihrer Generalversammlung eine Dividende von 200 Prozent, die Vinke-Hofmann-Lauchhammer A.G. eine solche von 240 Prozent beantragen. Der Generalversammlung der V.-H.-G. wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 850 Millionen Mark vorgeschlagen werden. Davon sollen 150 Millionen mit 25 Prozent Einzahlung zur Verfügung der Gesellschaft bleiben, während die anderen 700 Millionen für die Durchführung der oben genannten Transaktion verwendet werden.

Jugendleben vor 100 Jahren.

Nicht umsonst richten sich unsere Blicke aus der Gegenwart immer häufiger zurück in die Zeit vor 100 Jahren, denn auch damals war ein großes Kriegsumwetter über das deutsche Land niedergegangen und hatte Not und Elend gebracht, freilich auch die geistigen und Willenskräfte im Volk zu der Erhebung der Freiheitskriege gehärtet. Die heutige Jugend hat es in vieler Hinsicht schwerer als die der vergangenen Generation, die in dem Wohlleben des Kaiserreiches aufwuchs. Andererseits gibt eine verwerfliche Gleichmacherei den jungen Menschen unvernünftig viel Geld in die Hand, sodass sie in unheilvoller Leichtfertigkeit aufwachsen. So leben wir den Fluch der leichten Jugend. Vor 100 Jahren aber war es „der Regen der schweren Jugend“, der so viele zu tüchtigen und bedeutenden Männern machte. Das Glück und die Kraft, die aus den harten Erlebnissen der Kindheit für das Schicksal des Menschen erwachsen, treten uns anschaulich entgegen in den „Jugenderinnerungen deutscher Männer, von ihnen selbst erzählt“, die soeben in der bekannten Sammlung der „Bücher der Rose“ bei Wilhelm Langewiesche-Brandt unter dem Titel „Der Morgen“ erschienen sind. Hoffnungslos heißt es in dem Vorwort: „Die Augen hat zu sehen, steht in unserer deutschen Jugend noch und schon ein Werden, um das weit draußen viele ihrer Besten in fremder Erde die heilige Nacht halten, das Werden des neuen deutschen Menschen, ein Versprechen für die deutsche Zukunft. Es ist der Morgen der Zeit, in deren Abend wir leben, den die in diesem Buche vereinigten Jugenderinnerungen widerspiegeln.“ Abdrücklich sind nur solche Persönlichkeiten ausgewählt, deren Bedeutung jenseits vom Sollen und Haben liegt.“ Denn nicht die materiellen, sondern die geistigen Güter sollen die Menschen des neuen Morgens erstehen. So sind es denn die Dichter Jung-Stilling und Friedrich Hebbel, der Kriegsmann Karl von Francois und der Bildhauer Ernst Rietschel, die Gelehrten Heinrich Schlemmer, Heinrich

Markt 4800.— für Mai

beträgt der Preis für das Rieser Tageblatt beim Bezuge durch die Post. Dazu kommt noch die Liefergebühr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. — Auch Ihre Bekannten sollen Sie zum Bezuge des Rieser Tageblattes veranlassen. —

Brugsch und Friedrich Kappel, deren schwere und doch so glückliche Jugend wir miterleben. Ergreifend schildert Rietschel aus der Zeit der napoleonischen Kriege, wie schwer seinen Eltern das Durchkommen mit der Familie wurde: „Wir gingen auch Nebenleuten, die dann gedroschen wurden und den Eltern mehrere Wochen Lohn einbrachten. Der Gaumen wurde nicht vermisst, Kartoffeln und Wessertuppen in dieser und jener Form war der durchschnittliche Mittags- und Abendtisch und Sonntag 1—1½ Bld. Fleisch mit Gemüse für die ganze Familie. An den drei Hauptfesten wurde ein Braten ermöglicht, doch nicht immer. Es hielt schwer, daß die Eltern sich ein neues Stück Kleidung für den täglichen Gebrauch, der doch nichts Gewähltes erforderte, anschaffen konnten.“ Der sog. Sonntagspust vererbte sich von Geschlecht zu Geschlecht und wurde mit größter Sorgfalt gehalten. „Ich besaß kein Kind, wenn es orn und in Entbehrung aufgewachsen ist,“ sagt Rietschel im Hinblick auf seine Jugend. „Ich war sehr arm, und was Kinder wohlhabender Eltern Freude und Genuß nennen, kannte ich nicht, doch bis zum Hungerleiden, bis zu einer Armut, in der dem Kinde jeder behaglich Geruchende eine unangenehme Erscheinung wird, war es nie gekommen.“ Das Paradies der kindlichen Freuden hebt sich in all diesen Jugenderinnerungen von dem düsteren Rahmen

umso reizvoller ab, und bei den künftigen großen Künstlern und Gelehrten ist es der Drang zur Bildung und Schönheit, der ihnen früh als Leitstern leuchtet. So erzählt Schlemmer, der Entdecker Trojas, von seinen Lehrlingsjahren in einem kleinen Krämerladen: „Meine Tätigkeit bestand im Einzelverkauf von Döringen, Butter, Kartoffelbranntwein, Milch, Salz und dergleichen Dingen, im Mahlen der Kartoffeln für die Brennerer, im Auslegen des Ladens und Reinigens. Von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr abends war ich unaufhörlich beschäftigt, blieb mir kein freier Augenblick zum Studieren. Unverhofft aber wurde ihm ein Abend, an dem ein betrunkenener Wärlergeselle, der auf dem Gymnasium gewesen war, Kommer in der Ursprache vortrug. „Obgleich ich kein Wort verstand, machte doch die melodische Sprache den tiefsten Eindruck auf mich und entlockte mir heiße Tränen über mein unglückliches Geschick. Dreimal mußte er mir die göttlichen Verse wiederholen, und ich besaß ihn dafür mit drei Gläsern Branntwein, für die ich die wenigen Pfennige, die gerade mein ganzes Vermögen ausmachten, aern hingab. Von jenem Augenblick an hörte ich nicht auf, Gott zu bitten, daß keine Gnade mir das Glück gewähren möge, Griechisch lernen zu dürfen.“ Ebenso strebt der spätere große Regentologie Heinrich Brugsa aus dem Dasein eines verbrügelten Schülers und in streng vechulischer Furcht gehaltenen Nachmittagsstunden in die geheimnisvollen Fernen der ägyptischen Schrift und Wissenschaft. „Die Schilderungen der Wunder des alten Ägyptens hatten mich einen so überwältigenden Eindruck gemacht“, erzählt er, „daß mein ganzes Denken und Trachten auf die Kenntnis der Quellen zur Erforschung dieser Wunder gerichtet war. Das ägyptische Museum in Berlin öffnete mir dazu die Tore.“ Und der Sechzehnjährige hat es bereits in der Entzifferung der demotischen oder ägyptischen Volksschrift so weit gebracht, daß er eine Grammatik dieser Sprache fertig hat und sie mit Hilfe Alexander von Humboldts drucken lassen kann, worauf er in den wissenschaftlichen Kreisen das größte Aufsehen erregt.

Café Promenade. Heute Montag und morgen Dienstag anlässlich des Fleischertages Grosses Konzert.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag:
Zweiter Teil von „Sirkus Gray“ sowie Leo Peuker.
Dienstag bis Donnerstag:
Fern Andra in Fern Andra Praschnas Geheimnis
Vorführungen: 7 und 9 Uhr. Einlaß 7/7 Uhr.
Voransage! Ab Freitag: „Natty in der Sommerfische“.
Um gültigen Zutritt bittet die Besitzerin Anna Jach.

Die Belieferung
der ab Mai gültigen
Kohlenkarten
übernimmt zur prompten Lieferung für Stadt u. Land
Karl Postach, Neu-Gröba
— Fernruf 720. —
Streng reelle Bedienung wird zugesichert. Günstige Ablade- und Abholmöglichkeit von meinem Lagerplatz hinterm Schlachthof und ab meinem Hof. Auf Bestellung erfolgt Anfuhr. Kohlenkarten bitte sofort abgeben im Rigartengleich. Finger, Röhlerstraße, Kontor W. Stempf, hinterm Schlachthof oder in meiner Wohnung.

Bekanntmachung.
Unserer verehrten Kundschaft geben wir hierdurch bekannt, daß unsere Geschäfte am **Die n s t a g**, den 24. April, bereits um 5 Uhr geschlossen werden.
Hochachtungsvoll
Fleischer-Innung Riesa.

Veere Stube mögl. Gröba südlich vom Park, sonst Riesa, abzumieten gesucht. Angebote erb. unt. L G 282 an das Tageblatt Riesa.

Café Wolf.
Heute Montag sowie morg. Dienstag
Konzert, Anfang 7 Uhr.
Reichhaltiges Konzertprogramm.
Haberberger Exportbier.

Bei Straße
Gautschlag, Flechten
Santuziden sofort
Krage-Zeit, Herbolun'
1 Dose 500, 600 Pf., für
alte Fälle 1200 u. 1500 Pf.
1 Paket Tee s. nur 400 Pf.
Zu haben: C. F. J. J. J. J.,
Central-Procure, Riesa.

Mass-Atelier
der
Kleider Korsettfabrik
H. Mühle & Co.
Goethestrasse 81, I. Etage

Bereinsnachrichten
Sängerfranz. Die diesjährige Generalversammlung findet Montag, 30. April, abends 8 Uhr im Kronprinz statt. Anträge sind bis spät. Freitag, 27. 4., beim Vorsitzenden schriftlich einzureichen.

Jugeneur
Richtdrauer, Antialkoholiker, strengst solid, sucht per sofort
elegant möbliertes Zimmer
möglichst Bismarckstraße, Rotenplaz. Angebote unt. K W 222 an Tagebl. Riesa.

Sonntag, 29. April, abends 6 Uhr
— im Saale des **Hotel Höpner** —
20jähriges Stiftungsfest
unter Mitwirkung:
der Güttenfabelle der P. & S. Solotänzerin Frä. Susanna Dombold vom Söchl. Staatstheater, Dresden
Schriftsteller J. A. Geißler, Dresden
Kunsttrabfahrer Gebr. Konhardt, Dresden
Männergesangv. „Sängerfranz“ Riesa.
Sierzu werden Mitglieder nebst Angehörigen herzlich eingeladen. Bestandsbuch im A. S. B.

Poko
Frankenmaschine
7- u. 8-teilig, neu und gebraucht, verkauft
Schreibmaschinenhaus
C. Schiller, Dresden-Bl. 1,
Wühner Straße 42.

Geschnitten von vorm. 6-12 und nachm. 2-5.
Telefon 205.



Rieser Kloster-Tropfen
feinster Tafellikör
Appetit anregend Verdauung fördernd
Zu haben in den meisten Kolonialwarengeschäften.
Hersteller: Paul Starke, Riesa, Albertplatz.

Plötzlich und unerwartet verschied
Sonabend, 21. ds., mein lieber Mann,
unser guter Vater
Herr Karl Graiche.
Um stilles Beileid bitten
Amalie Graiche
H. Vollert u. Frau geb. Graiche.
Riesa, 23. 4. 1923.
Einschierung findet Mittwoch, den 25. d. M., in Leipzig statt.
Blumenspenden herzlichst dankend abgelehnt.

Schuppen
11 m br., 18 m lg., 3 m h.,
Rantholz, preisw. a. verk.
Anfragen unter V 533 an
Hla-Dresden 1.
Zu 2 Kindern und allen häusl. Arbeit, nicht a. junge

Dacharbeiten
nehme an. Scharwerks-
dachbeder Schmeißer,
Goethestraße 39, 3.

Versteigerung. Mittwoch, den 25. April, vorm. 10 Uhr, wird auf der Güterladekassette d. Bahnh. Riesa 1 Wagen **Drifkett**, 15 000 kg, meistbietend versteigert. Güterabfertigung.

2 Zimmer
in Kochgelegentheit (Sparherd) gegen 3 Zimmer mit Küche in Riesa unter günstigen Bedingungen zu tauschen gesucht. Angebote unter K X 223 an das Tageblatt Riesa.

Getrennt nachmittag verschied plötzlich
mein lieber Gatte, unser treuherziger
Vater, Schwieger- und Großvater, der
Privatus Julius Plänitz
Veteran von 1864-66, 1870-71
im 82. Lebensjahre. In tiefem Schmerz
die trauernden Hinterbliebenen.
Riesa, 23. April 1923.
Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nachm. 7/2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Aufwartung
bei hoh. Lohn sof. gesucht.
Su erst. im Tagebl. Riesa.

Frische Seefische
Carl Jäger, Gröba,
Otto Jäger, Röderrau,
Morgen ff. Seefisch
früh
Ernst Schäfer Nacht.

Zuchtvieh-Auktion
des Verbandes für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen
Dienstag, den 8. Mai 1923, vorm. 11 Uhr in der Zuchtviehverkaufshalle am Bahnhof in **Falkenberg.**

Möbl. Zimmer
von solidem Herrn sofort gesucht. Angebote unter L H 223 an Tagebl. Riesa.

2 Zimmer
junges Mädchen (18 J.) sucht Stellung.
Offerten erb. unt. L P 231 an das Tageblatt Riesa.
junges kräftiges Mädchen (16 Jahre alt) sucht Stellung auf groß. Gute als **Kind- oder Wirtschaftsmädchen.** Angebote erb. unt. L E 230 an das Tageblatt Riesa.

Aufwartung
sucht sofort Franz Böner, **Daufr. 61a.**
Weg-Verfrachtung d. heiligen

Achtung!
Diese Woche täglich
frische Seefische.
Frische grüne Perlins.
Eugen Bürger.

50 Stück Rindvieh
des miltchreichen, formenschönen schwarzbunten Tieflandrindes.
Jungbullen über 10 Monate, Küllen über 12 Monate, Herdbuchlären, Herdbuchlähe, eine Anzahl Küllen ohne Abstammung.
Der Verkauf erfolgt gegen Barzahlung oder gegen von Banken bestätigte Schecks. Unbestätigte Schecks werden nicht angenommen. Kataloge versendet im voraus gegen Nachnahme die Geschäftsstelle in **Dalle a. S., Heilstraße 78, Fernruf 4526.**

Dienstmädchen
bei hohem Lohn für sofort sucht Frau **Jabrilbescher** Selbst. **Franzenberg i. S.**

Herr Karl Graiche.
Um stilles Beileid bitten
Amalie Graiche
H. Vollert u. Frau geb. Graiche.
Riesa, 23. 4. 1923.
Einschierung findet Mittwoch, den 25. d. M., in Leipzig statt.
Blumenspenden herzlichst dankend abgelehnt.

Perfekte Stenotypistin
für hies. Fabrikbüro sof. gesucht, keine Anfängerin. Angebote unter L J 234 an das Tageblatt Riesa.

Sonntag früh 6 Uhr verschied sanft und ruhig nach langem, schwerem Leiden mein lieber guter Mann, unser treuherziger Vater, Schwager und Onkel, der Eisenwerksarbeiter
Franz Salek.
In tiefer Trauer
Iba Salek geb. Seifert nebst Kindern und Verwandten.
Riesa, den 23. April 1923.
Die Beerdigung erfolgt Mittwoch vorm. 11 Uhr von d. Friedhofshalle aus.

Briketts u. Braunkohlen
Liefert bezugsfrei und in Waggonladungen
D. Ansohauer
Expeditur — Riesenwerda — Tel. 45.

Vertreter gesucht.
Ich fabriziere Scherfeparate 1. für Senfen, 2. für Hackelmäschinen, 3. für Fleischermesser. Große Massenartikel für Stadt und Land, leichter Verkauf, hoh. Verdienst.
Max Straßer, Chemnitz.

Junge Leute
die zur See fahr. woll. erb. schriftl. Auskunft u. Rat.
Parms, Hamburg 19388, Bellealliancestraße 17, 1. Ab.

Witze Mädchen
a. v. Ebed. Thiene, Riesa.
Nach neue Jentzinge (200 Liter), Gasofen, 2 Gasplätten, Petroleumkochen zu verl. **Wothob, Wergendorf Str. 11.**

Tabakwaren-Großhandlung
sucht rührigen Vertreter für Riesa und Umgegend. Herren, welche bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführt sind, erhalten den Vorzug.
Ausführliche Angebote unter L K 266 an das Tageblatt Riesa.

Reinhold Quosdorf,
Erlb. Post Stauchh.

Die heutige Nr. umschließt
2 Seiten.

Der englische Friedensföhler.

Die Rede, die der englische Außenminister Lord Curzon im Oberhaus über den Ruhrkonflikt gehalten hat, ist eine überaus wichtige Schwendung der britischen Politik ein. Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr Englands von der Passivität zur Aktivität, von der abwartenden Stellung gegenüber der Ruhrbesetzung zu einer tätigen Vermittlung und Friedensstiftung. Dieser Tatsache gegenüber tritt der sachliche Inhalt der Rede Curzons an Bedeutung fast zurück. Der britische Außenminister wendet sich sowohl an Deutschland wie an Frankreich mit der Mahnung, sich zu verständigen und dem für die ganze Welt schädlichen Kriegszustand ein Ende zu machen. Deutschland wird der Rat gegeben, ein bestimmtes Anerkennen einer Zahlung von Reparationen zu machen, wobei die kritische Summe durch eine unparteiliche Körperschaft, eine „berufene Autorität“, festgesetzt werden soll. Gleichzeitig soll Deutschland Bürgschaften für seine Zahlungen anbieten. In dieser zweiten Forderung steckt schon das Hauptgeheimnis, daß die Reparationssumme nicht den einseitigen, ja heute nicht einmal mehr den hauptsächlichsten Gegenstand des Streites zwischen Frankreich und Deutschland darstellt. Welche Garantien kann Deutschland bieten, die den französischen Imperialismus befriedigen könnten? Frankreich hat bis jetzt nur eine einzige Garantie verlangt, nämlich das Ruhrgebiet. Der „Times“ hat sofort nach der Rede Curzons, offenbar im Auftrag der Regierung, betont, daß Frankreich die Räumung des Ruhrgebiets vor Zahlung der Reparationen unter allen Umständen ablehne und daß kein deutscher Vorschlag geprüft werden dürfe, bevor Deutschland den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufhebe. Das deutsche Volk aber steht geschlossen auf dem Standpunkt, daß eine Verständigung ohne Räumung des Ruhr nicht möglich ist, und daß der passive Widerstand unter allen Umständen fortgesetzt werden muß, bis der letzte Franzose das Ruhrgebiet verlassen hat. Wo ist unter diesen Umständen die Grundlage für irgend eine Verständigungsmöglichkeit? Die Versicherung Lord Curzons, daß Frankreich zu verstehen gegeben habe, es sei willens, einen deutschen Vorschlag, der in der von ihm gekennzeichneten Richtung liege, entgegenzunehmen, und daß er für wahrscheinlich halte, daß Frankreich einen solchen Vorschlag gut aufnehmen werde, steht mit der Haltung der Regierung in Paris und der ihr nahestehenden Presse in unvereinbarem Widerspruch.

Es muß also festgestellt werden, daß der Friedensvorschlag des englischen Außenministers in Deutschland in sachlicher Hinsicht einen nicht unangünstigen Boden gefunden hat, daß aber Frankreich jede Verständigungsmöglichkeit durch seine unersöhnliche Haltung von vornherein labortiert. Selbst das Untergekommen, das Curzon den Franzosen in der Frage der Sicherungen bewiesen hat, indem er ihnen die englische Mitwirkung bei jeder Regelung zusagte, die nicht zu einer Zerstörung Deutschlands führe, wird von Frankreich als ungenügend zurückgewiesen, denn die Voincaré-nahestehende Presse verlangt als Mindestforderung eine dauernde Neutralisierung und Internationalisierung beider Seiten des Rheins, also des Rheinlandes und des Ruhrgebiets. Es ist klar, daß Deutschland über solche Forderungen nicht einmal diskutieren kann. Die Ansichten des englischen Friedensvorschlags, der nun endlich vorliegt, sind also so unangünstig wie nur irgend möglich. Es besteht nämlich keinerlei Aussicht, daß die französische Politik eine Schwendung vornimmt und daß die Regierung Voincaré endlich verständigungsbereit wird. Da der französische Ministerpräsident bereits eine neue Rede angekündigt hat, in der er voraussichtlich über die Verhandlungsmöglichkeiten sprechen wird, so kann die englische Regierung ja bald aus seinem eigenen Munde hören, wie die Bereitwilligkeit Frankreichs, einen deutschen Vorschlag gütlich aufzunehmen, in Wirklichkeit aussieht. Dem deutschen Volk ist durch die Rede Curzons ausdrücklich bescheinigt worden, daß sein passiver Widerstand einen unerwartet großen politischen Erfolg gehabt und in der ganzen Welt einen der deutschen Sache gütlichen Eindruck gemacht hat. Dieser Widerstand kann nur in einem einzigen Falle aufgegeben werden, wenn nämlich sein einziges Ziel, die Aufhebung der Ruhrbesetzung, als gesichert angesehen werden kann. Dann erst kann über die Regelung der Reparationszahlungen und über die englischen Friedensvorschläge ernstlich diskutiert werden. Deutschland ist und bleibt verständigungsbereit über die Reparationsfrage. Aber es gibt vom deutschen Standpunkt aus keine anderen Verhandlungen über die Ruhrbesetzung, als über deren Aufhebung.

Eine deutsche Note zur Amtsenthebung des Fürsten Hohenfeldt.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist folgende Note übergeben worden:

Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürsten v. Hohenfeldt-Wilkenburg, am 17. April mitgeteilt, daß die Beibehaltung eines Reichskommissars in dem besetzten Gebiet ihre eigene Autorität und die Durchführung ihrer Verordnungen beeinträchtigt, und daß infolgedessen seine Mission als beendet betrachtet werden müsse.

Infolge der von der Internationalisierten Rheinlandkommission in den letzten Monaten im besetzten Rheinland getroffenen Maßnahmen herrscht dort ein System völliger Willkür. Der gegenwärtige Zustand ist das Gegenteil der Rechtsordnung, die das Rheinlandabkommen für die friedliche Besetzung vorgesehen hatte. Tausende von rheinischen Männern sind mit ihren Familien aus ihrer Heimat vertrieben, ja zum Teil von einer Stunde zur anderen obdachlos auf die Straße gesetzt worden. Nicht minder zahlreich sind die deutschen Bürger, die in den Gefängnissen und Justizhäusern schmachten müssen, nur weil sie nicht Verräter an ihrem eigenen Vaterlande werden wollten. Die Eisenbahnen, Forsten, Böden, das Ein- und Ausfuhrwesen sind den deutschen Verwaltungen entzogen worden, und anstelle der deutschen Beamten machen fremde, unerfahrene Angehörige den vergeblichen Versuch, den schwierigen und komplizierten Gang dieser Verwaltungen und Betriebe zu meistern. Die Presse, sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit werden geknebelt. Reichs- und Bundtagsabgeordnete sind durch Ausweisung ohne Rücksicht auf ihre parlamentarische Immunität die Möglichkeit eines Verkehres mit ihren Wählern genommen.

Eine weitere Etappe in diesem System ist es, wenn jetzt auch das Reichskommissariat beseitigt wird. Der entrechteten Bevölkerung, die schon durch Unterdrückung der Presse und Versammlungsfreiheit und durch einen Terrorismus sondersgleichen mundtot gemacht ist, soll jetzt auch die letzte Möglichkeit genommen werden, ihre Beschwerden über Uebergriffe und Gewalttaten der Besatzungsstruppen und Behörden zur Sprache bringen zu lassen.

Daß die Einrichtung des Reichskommissars nicht in einem Artikel des Vertrages von Versailles oder des Rheinlandabkommens ausdrücklich vorgesehen war, ist unerheblich. Die Natur jeder vertragsmäßigen Besetzung fordert es, daß ein beglaubigter Vertreter der Zentralregierung des besetzten Landes vorhanden ist, der sich der Interessen der Bevölkerung annimmt. Eine oberste Besatzungsbehörde die

Die Wirkung der Oberhausdebatte.

Meinungen der französischen Presse.

„L'Echo de Paris“ schreibt zur Rede Lord Curzons, er spreche von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die ein internationaler Ausschuss mit dem größten wissenschaftlichen Aufwand abschätzen sollte. Das sei die vergebliche und überflüssigste Art, wie man es bereits drei Jahre lang erfahren habe. Jetzt sei das vorüber. Der Zahlungswille Deutschlands sei die Grundlage des Problems. Wie könne man Deutschland zwingen zu bezahlen, was es schulde, da es doch nur gezwungen ausführe? Das sei eine Tatsache und fast die einzige Frage, der man gegenüberstehe. Es sei tatsächlich festzuhalten, daß Bonar Law und sein Minister des Äußeren sich darauf verstanden, dies zu übersehen. Wir haben, so schreibt das Blatt, unsere Antwort am 11. Januar gegeben. Der Ruhrbesatz wird bis zur vollständigen Zahlung der Reparationen besetzt bleiben. Wir werden, nachdem wir uns nicht über diesen Grundsatz schlüssig geworden sind, nicht diskutieren. In zweiter Linie kann die Sicherheit Frankreichs nicht durch einen Pakt garantiert werden, an dem Deutschland auf dem Fuße der Gleichheit und England teilnehmen. Derartige Verhandlungen zwischen Paris und Berlin werden darauf hinauslaufen, nämlich den Londoner Schiedsspruch anzufassen. Sollte sich England ja oder nein, mit Frankreich vereinigen, um die Entmilitarisierung der beiden Rheinufer, d. h. die dauernde Infraktionierung der Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages zu garantieren? Darüber würden wir gern die Ansichten des Foreign Office kennen lernen. Frankreichs Haltung gegenüber England im Laufe der Verhandlungen, die die unerlässliche Regelung nach sich ziehen, werde abhängig von dem sein, was die britische Regierung auf diese zwei Fragen antworten werde. Man wolle England keine Reparationen verweigern, aber wenn es hartnäckig dabei bleibe, Methoden zu praktizieren, die Frankreich für gefährlich und unwirksam halte, dann glaube Frankreich sich berechtigt, mit England zu brechen, unter vollkommener Wahrung seines Rechts, das Verfahren anzuwenden, das es für richtig halte. Diese Haltung könne logisch aus der Auslegung der Paragraphen 17 und 18 des Anhangs II hinsichtlich des separaten Vorgehens abgeleitet werden.

Zur Oberhausdebatte schreibt „L'Echo“, Lord Curzon habe sich zum Schiedsrichter aufgeworfen. Seine Rede habe eine besondere Bedeutung, denn er habe bemerkt, wenn auch England sich an die allgemeinen Sitten seiner Januar-Vorschläge halte, sei es trotzdem bereit, über die Abänderungen zu diskutieren. Klarer könne man nicht anerkennen, daß die französische Politik gegenüber Deutschland berechtigt sei. Das Blatt nennt deshalb die geistige Störung des englischen Oberhauses eine ausgezeichnete Unternehmung der Entente und der so mühsig durchgehaltene Sache Frankreichs.

„Leuvre“ sagt, die Rede Lord Curzons bringe nichts Neues, aber zeige u. a. zwei wesentliche Fortschritte. Lord Curzon habe betonen müssen, daß Großbritannien der französischen-englischen Entente treu bleibe und habe daran erinnert, daß Großbritannien an der Regelung des Reparationsproblems, eines internationalen Problems, das nicht durch einen Separatvertrag geregelt werden könne, teilnehmen wolle.

Die Rede des englischen Staatssekretärs des Äußeren Lord Curzon wird von dem sozialistischen „Populaire“ als eine an Voincaré und Thaurin gerichtete diskrete Warnung aufgefaßt. Obwohl England in der Ruhrfrage Zurückhaltung wahre, gebe es bei der schließlichen Lösung eine um so gewichtigere Rolle zu spielen, als die internationalen Kreditoperationen, zu denen man wohl oder übel seine Zustimmung geben müsse, ohne England und die Vereinigten Staaten, die beiden einzigen Mächte, die solide Finanzen besäßen, zu nichts führen könnten.

„L'Echo“ erklärt in der Rede ein Vermittlungsangebot Englands.

Während Dorez schreibt in der „Victoire“, was die Sicherheit Frankreichs am Rhein anlangt, so würde Lord Curzon am liebsten „gegenseitige Garantien“ sehen. Der Verfaller gewillt ist, die Grenzen, die der Okkupationsgewalt durch Vertrag und Recht gezogen sind, nicht nur selbst einzuhalten, sondern auch alle Uebergriffe und Gewaltakte der Truppen und nachgeordneten Stellen zu ahnden und nach Möglichkeit zu verhindern, hat selbst ein Interesse an einer solchen Einrichtung. Nur eine Okkupationsgewalt, die unbekümmert um Recht und Vertrag eine Bevölkerung unterdrückt und drangaliert, wird die Anwesenheit eines solchen Kommissars als unangenehm und lächerlich empfinden.

Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat bei ihrem Vorgehen gegen den beglaubigten Vertreter der Deutschen Regierung nicht einmal in formaler Beziehung korrekt gehandelt. Das Agreement zur Bestimmung des Fürsten Hohenfeldt als Vertreter des Deutschen Reichs bei der Internationalisierten Rheinlandkommission war der Deutschen Regierung in einer Note der Vorkonferenz von den in dieser veriteten Regierungen erklärt worden. Infolgedessen hätte nach internationalem Brauche ein Beschluß über die Zurückziehung des Agreements auch nur durch die gleichen Instanzen gefaßt und der Deutschen Regierung mitgeteilt werden dürfen.

Die Deutsche Regierung legt auch gegen diesen neuesten Gewaltakt der Internationalisierten Rheinlandkommission Beschwerde ein.

Ein neuer Wutanbruch Voincarés.

Voincaré hielt gestern in der Gemeinde Void im Norddepartement aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er u. a. sagte:

Deutschland sucht heute die weit zurückliegenden und unmittelbaren Ursachen der Katastrophe, in die es die Welt gestürzt hat, vergessen zu machen. Deutschland bemüht sich ferner, nicht etwa Reue, sondern durch Blüge die Erinnerung an die Gewalttaten zu verwischen, die es im Laufe der Feindseligkeiten begangen hat. Wenn Franzosen im Ruhrgebiet angegriffen werden und um sich zu verteidigen, von ihrer Waffe Gebrauch machen müssen, sofort entsteht die deutsche Propaganda die Tatsachen und schreibt verächtlich unseren Truppen das Attentat zu, das gegen sie begangen wurde. Wenn ein Mitglied der deutschen Regierung den traurigen Mut (1) hat, die deutsche Bevölkerung als unglückliches Opfer des französischen Militarismus, hinzustellen, dann genügt es, um zu zeigen, was berartige Redensarten für ein lächerliches und Odioses an sich haben, wenn man an das erinnert, was die Kommünen des Norddepartements in den Monaten August und September 1914 ausgeübt haben. Als wir in das Ruhrgebiet einmarschierten, um ein Band für eine Forderung zu nehmen, deren sich Deutschland entledigen wollte, sind wir nicht in feindseliger Absicht erschienen. Wir hätten gewünscht, uns an Ort und Stelle mit den Franzosen und Arbeitern zu verständigen, damit die Kohlenarbeiten

Vertrag habe bestimmt, daß Deutschland wegen seines Angriffes von 1914 und wegen Verletzung der belgischen Neutralität verurteilt sei, seine Gebiete auf dem linken Rheinufer und einen 50 Kilometer breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer zu entmilitarisieren. Meine etwa der edle Lord, daß Frankreich, weil es 1914 sich nur verteidigt habe, verurteilt werden solle, das besaunterte Elia-Lothringen zu entmilitarisieren, damit die Garantie „gegenseitig“ sei? Wenn dies die Auffassung Englands sei, müße man es in aller Freundschaft darauf aufmerksam machen, daß es ihm einigermassen schwer fallen werde, diese Ansicht zur Aufklärung der öffentlichen Meinung in Frankreich zu machen.

Die Reichsregierung zur Curzon-Rede.

Wie wir hören, betrachtet die Reichsregierung die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung ist in Erwägungen darüber eingetreten, welche Folgerungen sich hieraus ergeben.

Stresemann über das deutsche Entgegenkommen.

Auf einer von der Deutschen Volkspartei am Sonntag im Ufa-Palast am Zoologischen Garten in Berlin veranstalteten Kundgebung hielt Abg. Dr. Stresemann eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: Die Rede Lord Curzons im englischen Oberhaus schafft eine neue politische Sachlage, die auch von der deutschen Regierung entsprechend gewertet werden wird. Wir erkennen mit Genugtuung an, daß Lord Curzon anders von Deutschland spricht, als wir es sonst hören, aus französischem Munde zu hören. Was die Idee Lord Curzons betrifft, dem Völkerverbund einen bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung der Rheinlande zu geben, so muß demgegenüber noch einmal festgehalten werden: Ueber die Frage der deutschen Reparationszahlungen wird man sich jetzt wohl verständigen können, über die Höhe und Modalität der deutschen Zahlungen auch, aber über ein Aufgeben des deutschen Rheinlandes gibt es für uns keine Verhandlung. Es gibt keine Rheinlandfrage, die den Völkerverbund oder die Alliierten etwas anlangt. Die Garantien des Versailler Vertrages, vor allem auch England, mögen sich dessen bewußt sein, daß sie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß der Versailler Vertrag gegenüber Deutschland gerecht und loyal durchgeführt wird. England hat bis jetzt innerhalb der Rheinlandkommission die Uebernahme Frankreichs geübt. Will Lord Curzon der erbliche Agent zwischen Deutschland und Frankreich sein, dann muß er von der Tatsache ausgehen, daß die deutsche Souveränität über das Rheinland die von einer jeden deutschen Regierung und einer jeden deutschen Partei als selbstverständlich erachtete Voraussetzung jeder Auseinandersetzung über eine endgültige Regelung des Friedens ist, die den bisherigen Zustand der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ablöst.

Dr. Becker zum Ruhrwehrkampf.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker sprach Sonnabend in Frankfurt a. M. im Klub für Handel, Kunst und Wissenschaft über den Ruhrwehrkampf in seinen bisherigen Folgen und über die Bedingungen, unter denen es zu einer Verständigung mit Frankreich kommen könnte. Er betonte, wenn man wissen wolle, was Deutschland zu leisten bereit sei, so könne man dies aus seinen bisherigen Verhandlungen und aus den Vorschlägen vom Januar 1923, vor allem auch aus den letzten Reichstagsreden des Reichsaussenministers und des Abgeordneten Stresemann entnehmen. Ueber die letzte Debatte im englischen Oberhaus sagte der Minister, sie sei verhältnismäßig objektiv verlaufen, man könne sie als ein Fortspinnen der Fäden bezeichnen, die die Verhandlungen im Reichstag angeknüpft hätten.

unter der Kontrolle der Alliierten zum Ruhen der Reparationen ausgebeutet werden könnten. Das mot Dorez, das die deutsche Regierung ausgegeben hat, ist der über- all organisierte Widerstand, der uns gezwungen hat, der Operation einen ausgesprochen militärischen Charakter zu geben und Deutschland gegenüber eine Serie von Druckmitteln anzuwenden, um es zum Respekt des Friedensvertrages von Versailles zu zwingen.

Voincaré sagte dann weiter, der deutsche Außenminister habe behauptet, man sei ohne ernsthafte Ursache ins Ruhrgebiet einmarschiert und hätte im Januar ein Angebot von 30 Milliarden an die Gesamtbeiträge der Alliierten zurückgewiesen. Dieses Angebot sei nachträglich erfunden und niemals erfolgt. Wenn man heute die Biffer von 30 Milliarden ausspreche, geschähe das zweifelsohne, um den deutschen Sozialdemokraten zu gefallen, die diese Zahl inzwischen genannt hätten. Dr. v. Rosenberg habe auch mitgeteilt, daß Deutschland die etappenweise Räumung des Ruhrgebiets nicht zulasse. Er habe es gewagt, die französische Gewalt mit der Räumung zu vergleichen, die Bismarck gezeigt habe. Voincaré ging schließlich zu der Frage der Schutzpolizei über, indem er wiederum wie vor acht Tagen in Düren die Behauptung aufstellte, die Schutzpolizei sei in vielen Städten eine wahrhaft kriegerische Organisation gewesen. Dr. von Rosenberg habe sogar von einer päpstlich durchgeführten Entwaffnung gesprochen. Die verlangten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen seien nicht durchgeführt worden, im Gegenteil, am 17. Juli sei das Gesetz, das der Schutzpolizei ein ähnliches Statut wie dem Reichsheere gebe, erlassen worden, um die Staatspolizei zu verallgemeinern und den Austausch mit der Reichswehr möglich zu machen. Am Tage, an dem Dr. von Rosenberg im Reichstage gesprochen habe, hätten sich alle alliierten Regierungen nach verschiedenen mißlungenen Versuchen entschlossen, die Auflösung der militärischen Cadres der Schutzpolizei zu verlangen, um aus der Schutzpolizei ein Personal von Angehörigen und fern militärischen Personal zu machen. Man brauche sich also nicht zu wundern, daß man im Ruhrgebiet unter dem trügerischen Namen „Schutzpolizei“ mehrfache Truppen in Cadres und für den Kampf instruiert, geschult habe. Als Frankreich 1871 die deutsche Besetzung über sich ergehen lassen mußte, hat sich Diers nicht nur bemüht, so rasch wie möglich alle Klaueln des Versailler Vertrages zu erfüllen. Er hat auch gegenüber dem Fürsten Bismarck die Höflichkeitbeweise verdoppelt. Wie hat Bismarck auf diese wiederholten Beweise der Höflichkeit geantwortet? Deutschland hat seinen anderen Gedanken gehabt, als uns fortgesetzt das Gewicht unserer Niederlage fähig zu lassen. Seit dem Versailler Frieden habe Frankreich nicht aufgehört, Beweise von Gehuld und Panakut zu geben. Wie kann man sich

von einer Entente sprechen, wenn man damit beginne, die Abienung der Verträge und die Verleugnung der gegebenen Unterschriften in der Praxis zu betreiben? Die wesentlichen Bedingungen einer Annäherung ruhen auf den beiden Worten, immer denselben Reparationen und Sicherheiten!

Die französische Saboteur über Essen gebitt.

Die Franzosen haben gestern um 11 Uhr vormittags auf dem Gelände des Kohlenhandels in Essen, der letzten französischen Kommandantur, die französische Flotte in Gegenwart einer Kompanie des Regiments 171 gebitt. Das Essener Kohlenhandelsgebiet ist damit das erste Gelände im Ruhrgebiet, von dem das Zeichen militärischer Interaktion weht.

Sperrung einer Eisenbahnbrücke.

Auf dem Bahnhof Vorkasse ist gestern nacht eine Eisenbahnbrücke von unbekannter Seite gesprengt worden. Es handelt sich um eine Gleisüberführung barunterliegenden Strecken. Die Franzosen haben infolgedessen die Gleisanlagen im weiten Umkreis gesperrt und den gesamten Straßenverkehr lahmgelegt.

Neue verschärfte Gewaltmaßnahmen.

Da am Bahnhof Eller angeblich wiederholt aus dem Walde heraus auf französische Posten geschossen wurde, hat die französische Militärbehörde die Posten ausgewiesen, auf jeden zu schießen, der sich nach Eintritt der Dunkelheit in der Nähe der Bahnstrecke Eller-Opladen und im Waldstreifen Vennbauer Allee und Altweg zeigt.

Eine Ordonnanz der Rheinlandkommission stellt eine erhebliche Einschränkung des Verkehrs mit Lastkraftwagen im besetzten Gebiet vor. Da, wie mitgeteilt wird, die Gefahr besteht, daß deutsche Lastkraftwagen außerhalb des britisch besetzten Gebiets beschlagnahmt werden, wird vor Reisen solcher Lastkraftwagen außerhalb des britisch besetzten Gebiets gewarnt. Auch alle Privatautomobile, die das britisch besetzte Gebiet verlassen, werden von den Franzosen beschlagnahmt.

In Wetter haben die Franzosen eine Bekanntmachung angeschlossen, in der zur Anlage der Befestigungen für Reparationsarbeiten aufgefordert wird, mit Frist bis 20. d. Mts. Danach erfolgt Beschlagnahme bzw. Strafanwendung.

Strenge Paktkontrolle in Ortenberg.

Am Bahnhof Ortenberg findet strenge Paktkontrolle statt. Die Eisenbahnzüge kommen wie sonst an. Auch im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr ist keine Veränderung eingetreten.

Der Bahnhof Wengede wurde gestern von den Franzosen besetzt. Der Bahnhofsvorsteher wurde verhaftet. Ebenso besetzt wurden die Bahnhöfe Ruhrort-Nit und Ruhrort-Neu.

Schießerei zwischen Deutschen und Franzosen.

Gestern Abend fand in Ördde eine Schießerei zwischen Deutschen und Franzosen statt. Hierbei wurde einem französischen Soldaten das Seitengewehr abgenommen.

Aushebung der Besetzung.

In Laubern, Werhan und Nauheim wurde gestern den Bürgermeistern von französischen Offizieren erklärt, daß diese Orte nunmehr zum besetzten Gebiete zu rechnen seien. Die drei Gemeinden liegen zwei bis drei Kilometer südlich der Linie Limburg-Camberg, östlich des „Plaschenthal“. Eine Besetzung der Orte mit Truppen ist bisher nicht erfolgt.

Zur Einfuhr von Alkohol.

Der kommandierende General Desoutte veröffentlicht durch Mauerankündigung eine Verfügung vom 31. März, betreffend die Ordnung der Einfuhr von Alkohol in das besetzte Ruhrgebiet. Die Verordnung besagt folgendes: Die Einfuhr von Alkohol jeder Art über die Besatzungsgrenze Deutschlands und auf dem Rhein hängt von der Bewilligung einer Erlaubnis ab, die von dem Ein- und Ausfuhrdienst der interalliierten Kommission der Fabriken und Bergwerke ausgestellt wird, und von der Zahlung eines Eingangsausgleichs, der von dem kommandierenden General festgesetzt wird. Die Einfuhr von Alkohol jeder Art über die Besatzungsgrenze des besetzten Ruhrgebietes ist grundsätzlich verboten, doch kann in Ausnahmefällen auf Grund eines von dem vorher erwähnten Ein- und Ausfuhrdienst ausgestellten Ausweises die Einfuhr zu gewerblichen Zwecken dienenden aus dem unbesetzten Deutschland kommenden Alkohols genehmigt werden unter der Bedingung, daß der Alkohol dezentriert und zu gewerblichen Zwecken verwendet wird. Die Einfuhr muß auf der Strecke Elberfeld-Essen-Mettmann-Düsseldorf (Kolkation Umberto) oder auf der Eisenbahn Wetzlar-Düsseldorf oder Wetzlar-Düsseldorf erfolgen. Ueberschreitungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark und Gefängnis bis zu fünf Jahren oder einer von beiden Strafen geahndet. Die Ware wird beschlagnahmt.

Die französische Schandjustiz.

Eine Uebersicht über die aus Anlaß der Ausdraktion von der Besatzungsbehörde über Düsseldorf Bürger verhängten Strafen, Ausweisungen und Verhaftungen ergibt, daß bis einschließlich 9. April 1923 von den Maßregeln der Besatzungsbehörden 89 Beamte und 53 Weibspersonen betroffen wurden. Ein großer Teil dieser Bürger befindet sich noch in Untersuchungshaft. In Strafen wurden bisher insgesamt an Gefängnisstrafen 275 Monate 350 Tage und an Geldstrafen 7240000 M. und 390 Francs verhängt.

Deutscher Reichstag.

16. Berlin, 21. April.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Antrages der Mehrheitsparteien auf Abänderung des Strafsenbuchs dahin, daß Evrenung von Versammlungen mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu einer Million geahndet werden kann. Verbunden damit ist ein sozialdemokratischer Antrag, daß Beamte, welche die ihnen zum Schutz der Republik übertragenen Pflichten gröblich verletzen, mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Eichhorn (Komm.) Uebertragung zur Tagesordnung über die Anträge, da diese wichtige Frage nicht in Abwesenheit so vieler Abgeordneter verhandelt werden könne.

Abg. Reuschner (Dsp.) widerspricht. Als nun die Abstimmung über den Antrag Eichhorn erfolgen soll, bezweifelt Abg. Eichhorn die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dietmann setzt die Abstimmung eine Weile aus, um den Abgeordneten Zeit zu lassen, ihre Plätze einzunehmen. Nachdem erklärt er, daß Büro sei sich darüber einig, daß das Haus nicht beschlußfähig sei, denn von 280 zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Abgeordneten seien höchstens 125 Abgeordnete anwesend. Es bestehe somit auch keine Aussicht, daß eine neue Sitzung besser besetzt sein werde. Unter diesen Umständen verzichtet er die Sitzung.

Montag mittags 2 Uhr: Kleinere Vorlagen, darunter Lehrerbildungsantrag, Biersteuer, die heutigen Anträge und anderes.

Schluß 10% Ube

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Eisenbahngewerkschaften beim Reichstagsanlaß. Beim Reichstagsanlaß am Sonntagabend eine Aussprache mit Vertretern der Eisenbahngewerkschaften statt, die insbesondere der gegenwärtigen Wirtschaftslage, der Marktsituation und dem Verhältnis von Löhnen und Preisen, sowie der Lage im all- und unbesetzten Gebiet galt. Die Besprechung wird demnächst fortgesetzt werden. Es sprach sich Ueberreinemittlung in der Besprechung, eine Wiederholung der Vorgesänge unumgänglich zu machen, daß Preise in kürzester Zeit in die Höhe getrieben werden, von Vorgesängen, gegen die insbesondere der Reichstagsanlaß scharf Stellung nahm.

Reichstagsmitarbeiter in den Junterswerken. Der Verkehrsminister des Reichstages und andere Mitglieder des Reichsparlamentes, wie Reichstagsanlaß a. D. Fehrenbach, Dr. Schäfer und Dr. Bell, begaben sich am Sonntagabend zu einer Besichtigung der Junterswerke nach Dessau. Ein großer Teil der Gäste legte die Reise im Flugzeug vom Tempelhofer Feld nach Dessau zurück, während die übrigen mit der Bahn nach Wittenberg fuhren und von dort mit Wasserflugzeugen nach Dessau flogen. Beim Frühstück in den Junterswerken hielt Prof. Juncker einen feindseligen Vortrag, der in die leitenden Gedanken seines Unternehmens einführte und des Interesses des Reichstages für den deutschen Flugzeugbau erbat. Reichstagsanlaß a. D. Fehrenbach gab dem Dank der Gäste bereiten Ausdruck, schilderte die unvorhergesehenen Einbrüche des Fluges und wandte den Grundgedanken der Ausführungen von Prof. Juncker auf die politischen Aufgaben des Reichstages an: Auch Deutschland müsse wieder klein anfangen und durch Qualitätsarbeit zur Höhe streben. Dieraus erfolgte eine Besichtigung der Werke und ein gemeinsames Abendessen im Kaiserhof, bei dem Direktor Sachleben einen Vortrag über die Bedeutung des deutschen Luftverkehrs hielt.

Wiederbeginn der deutsch-polnischen Verhandlungen. In den nächsten Tagen werden nach einer längeren Osterpause die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden in vollem Umfang wieder aufgenommen werden, nachdem einige kleinere Verhandlungspunkte auch in der Zwischenszeit haben. Der polnische Bevollmächtigte wird in den nächsten Tagen zurück erwartet. Im Vordergrund der Besprechung stehen neben anderen Fragen die Verhandlungen über die Staatsangehörigkeit und Option, Probleme, deren ganz besondere Schwierigkeit sich schon daraus ergibt, daß über sie seit längerer Zeit ununterbrochen verhandelt wird. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die deutsche und die polnische Auffassung schon von Anfang an in scharfem Gegensatz zu einander gestanden haben und daß das Bestehen der Unterhändler, die Gegensätze zu überbrücken, durch die Erregung erschwert worden ist, die die bekannte Rede des polnischen Ministerpräsidenten Sikorski hervorgerufen hat. Die an sich schon so schwierigen Probleme würden eine weitere Belastung schwerlich ertragen.

Rohbach wird nach Weipitz überführt. Oberleutnant a. D. Rohbach, der seit seiner Verhaftung im Berliner Stadtpolizeiamt untergebracht war, wird auf Antrag des Oberreichsanwalts Dr. Obermayer heute nach Weipitz übergeführt, da er in nächster Zeit öfter als Zeuge vernommen werden soll.

Essener Arbeiterführer in Berlin. Aus Anlaß der Anwesenheit des Sängers des Christlichen Metallarbeiterverbandes Essen fand am Sonntagvormittag im Staatlichen Schauspielhaus eine Begrüßungsfeier statt, an welcher der Reichspräsident, Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der Behörden, die Führer der Parteien erschienen waren. Die Feier wurde eingeleitet und beendet durch Darbietungen der Kapelle der Staatsoper. Kammerfängerin Frau Urndt-Ober sang zwei Lieder. Namens der Reichsregierung begrüßte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, für die preussische Staatsregierung Staatssekretär Dr. Becker den Sängerkorps. Der Vorsitzende des Essener Chors, Strunk, dankte dem Herrn Reichspräsidenten und den Vertretern der Behörden für ihr Erscheinen und den Berlinern für die liebenswürdige Aufnahme, die die Essener Sänger hier gefunden hätten. Die Darbietungen des Berliner Bekehrungsangereins und des Essener Chors fanden begeisterte Aufnahme.

Der dänische Gesandte wieder im Amte. Der königlich dänische Gesandte Graf Moltke ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Massenfundgebungen in Berlin. Gestern vormittag fanden in Berlin drei große Massenfundgebungen des Aktionsausschusses „Nie wieder Krieg!“ statt. Ansprachen hielten u. a. der Bergarbeiterführer Abg. Limberg, G. v. Gerlach und Prof. Luidde. Es wurde die Absendung eines Telegramms an den Reichstagsanlaß beschlossen, in dem unter Bezugnahme auf die Rede des Ministers des Auswärtigen Dr. von Rosenbergs und auf die Rede des englischen Außenministers Lord Curzon an die Reichsregierung die dringende Aufforderung gerichtet wird, sofort durch eine Mitteilung deutscher Vorschläge an die Gesamtheit der Alliierten dem vom deutschen Volke durchgeführten passiven Widerstand ein festes Ziel zu geben und eine den Interessen des deutschen und des französischen Volkes entsprechende Verständigung herbeizuführen.

Polen.

Zur politischen Lage. Die Militärkommission des Sejm setzte die Besprechung über die allgemeine politische Lage Polens fort. In der Debatte wurde die Notwendigkeit betont, die Armee zu vergrößern; die geographische Lage zwinge Polen zur Bildung einer starken Armee. Ein Abgeordneter trat für die zweijährige Dienstzeit ein. Der Abgeordnete Haller verbreitete sich in längerer Rede über die Verteidigungsmittel des Staates und verlangte die Bildung einer besonderen Strafabteilung für diejenigen, die nicht wehr sein, in der Armee zu dienen. Die Kosten dafür sollten in das Budget des Ministeriums des Innern aufgenommen werden. Der Vorsitzende des Deutschen Clubs, Abgeordneter Klink, erklärte, daß alle polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität bereit seien, die Wälfen, die mit dem Heeresdienst verbunden seien, zu erfüllen. Darauf wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt. — Die Finanzkommission nahm den Artikel 1 des Grundgesetzes an, der eine Erhöhung der Grundsteuern um das 100fache im Verhältnis zu 1922 vorschlägt.

Bulgarien.

Die Erfolge der Banerregierung. In einem Zeitartikel beschäftigt sich das „Echo de Bulgarie“ mit den Erfolgen der Banerregierung seit der vor kurzem erfolgten Umbildung des Kabinetts Stamboliski und stellt als unläugbare Tatsache ein Verhältnis von Ursache und Wirkung zwischen der Umbildung des Kabinetts und den von ihm so rasch und in so glücklicher Form erreichten für Bulgarien so bedeutenden Ergebnissen fest. Für jeden Unbefangenen sei es klar, daß das Kabinett in seiner ehemaligen Zusammensetzung einen organischen Fehler gehabt habe, der es unfähig gemacht habe, die großen Schwierigkeiten zu bewältigen, die sich der normalen Entwicklung des Staates entgegenstellten. Auch die oppositionelle Presse sei genötigt, die fortschreitende Besserung der innenpolitischen und finanziellen Lage des Landes anzuerkennen.

Österreich.

Deutsche Kinder in der Schweiz. Am Freitag trafen 750 Ferienkinder aus Deutschland, hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet, in Bern ein, wo sie auf die von den Schweizer

estern in der Stadt Bern, im Mittelland, im Emmenthal und im Oberland zur Verfügung gestellten Ferienplätze verteilt wurden.

Die Schweiz beschließt die Damburger Sozialistenkongresse. In der gestrigen Sitzung des Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurde mit 151 gegen 23 Stimmen folgender Antrag des Parteivorstandes angenommen: Der Parteitag erklärt sich mit der Beschlüßung der dem Damburger Kongress vorangehenden Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien einverstanden, ebenso mit der Beschlüßung des Damburger Kongresses, sofern die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hierbei die Beteiligung beschließt. Die Vertreter der Schweizerischen Partei haben an beiden Veranstaltungen im Sinne der Wiener Beschlüsse des Jahres 1921 zu wirken. Ueber die Frage des etwaigen Beitritts zu der in Damburg zu schaffenden internationalen Organisation entscheidet nach Vorlage der Damburger Beschlüsse der darauf folgende Parteitag.

Italien.

Der Jahrestag der Gründung Roms wurde am Sonntagabend in ganz Italien als nationaler Festtag der Arbeit feierlich begangen. Mussolini begab sich in Begleitung des Oberkommandierenden der Nationalmiliz Debono und des königlichen Kommissars von Rom zum Quirinal, um dem König die Guldigung der Regierung und der Nationalmiliz darzubringen. Darauf wurde unter großer Begeisterung eine Parade über die Nationalmiliz abgehalten. Am Nachmittag begaben sich alle Arbeiter und zahlreiche Vertreter sozialistischer Gewerkschaften zum Kapitol und brauten dem Grabsmal des unbekanntenen Soldaten eine Ehrung dar.

Frankreich.

Streik in der Damentextilindustrie. Die streikenden Arbeiterinnen der Damentextilindustrie, denen der Arbeitsminister nach Wiedereröffnung der Arbeit seine Vermittlung angeboten hatte, haben beschlossen, die Arbeit am Montag nicht aufzunehmen, sondern den Streik fortzusetzen.

Schweden.

Bilfswerk für die Eisenbahnen im Ruhrgebiet. Eine von den schwedischen Eisenbahnen veranstaltete Sammlung für ihre Kollegen im Ruhrgebiet hat bisher ein Ergebnis von 25000 Kronen (nach jetzigem Kurs etwa 170 Millionen Mark) gehabt.

Rußland.

Vom Parteitag der Kommunistischen Partei. Auf dem Kongress der Russischen Kommunistischen Partei in Moskau hat die Diskussion über den Bericht des Zentralkomitees mit einem Schlußwort Sinowjews geendet, der die vollständige Einigkeit aller Delegierten in den Fragen der auswärtigen Politik und unter anderem des Staatsmonopols für Außenhandel feststellte. In den Fragen der Innenpolitik widerlegte Sinowjew durch Zahlen und Tatsachen die Vorwürfe eines allzu übertriebenen Optimismus, die seitens einiger Delegierten gemacht worden sind, und konstatierte eine unbestreitbare Gesundung des Landes. In seiner Antwort an Krassin sprach sich Sinowjew gegen die Tendenzen des letzteren aus, Sachmänner den Mitgliedern der Partei entgegenzustellen. Sinowjew sprach von den Aufgaben der Partei und unterstrich die Notwendigkeit, die Werksätigkeit unter den Lehrern, die eine sehr große Rolle auf dem Lande spielen, zu steigern, den Bürokratismus des Staatsapparates zu bekämpfen und ein einheitliches mächtiges Zentralorgan der Partei zu schaffen. Die vom Kongress einstimmig angenommene Resolution billigt die Richtlinien des Zentralkomitees, bestätigt die Unerschütterlichkeit des Außenhandelsmonopols und die Notwendigkeit der Ausgabe des Getreideüberflusses, ruft zur Stärkung des Zusammenhanges zwischen Arbeitern und Bauern auf, zur intensiveren Anteilnahme an den wirtschaftlichen Problemen, zur Schaffung eines sparsamen Apparats der sozialistischen Macht, zur Reorganisation der Arbeiter- und Bauernorganisationen, zur Verstärkung der Roten Armee und zur Berücksichtigung der Möglichkeit einer neuen Intervention seitens der unversöhnlichsten Elemente der imperialistischen Gesellschaft. — Auf dem Parteitag wurde der Bericht Sinowjews ohne Diskussion angenommen. Der Kongress beschloß, die Tätigkeit der russischen Vertreter des Exekutivkomitees zu billigen und teilte den Komintern mit, daß die russische Sektion es für ihre Aufgabe halte, mit allen Kräften den Parteien anderer Länder, die sich jetzt in den Klauen des internationalen Faschismus befinden, zu helfen.

Ein Schuldenabkommen zwischen der deutschen und der britischen Regierung.

Unter dem 5. April 1923 ist zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung ein Abkommen geschlossen worden, welches vorliegt, daß bestimmte, vor dem Kriegesfallig gewordene oder aus Vorkriegsverträgen herührende Schulden deutscher Staatsangehöriger gegenüber britischen Staatsangehörigen, soweit sie anerkannt oder durch ein aufständiges Gericht festgestellt worden sind, aus den in der Hand des britischen Custodian of Enemy Property in China befindlichen Erlösen der Liquidation deutschen Eigentums abgedeckt werden sollen. Es handelt sich dabei um Schulden a) von deutschen Staatsangehörigen, die zur Zeit der Entstehung der Schuld in China anständig waren oder von Zweigniederlassungen deutscher Geschäfte, die zur Zeit der Entstehung der Schuld in China bestanden, gegenüber britischen Staatsangehörigen, gleichviel, wo diese anständig waren, oder b) von deutschen Staatsangehörigen, gleichviel, wo sie anständig waren, gegenüber britischen Staatsangehörigen, die zur Zeit der Entstehung der Schuld in China anständig waren oder gegenüber Zweigniederlassungen britischer Geschäfte, die zur Zeit der Entstehung der Schuld in China bestanden. Ausgeschlossen sind Schulden, die unter Artikel 296 des Vertrages von Versailles fallen. Der Wortlaut des Abkommens wird den Vertretungen der deutschen Interessenten zwecks Veröffentlichung mitgeteilt werden.

Vor der 2. Kaufmann Orientkonferenz.

Der Führer der türkischen Delegation für die Kaufmann Friedenkonferenz, Ismet Pascha, hat auf dem Wege nach Kaufanne aus Kisch ein Begrüßungstelegramm an den südafrikanischen Außenminister Kitchinghish gerichtet. Während des Aufenthaltes am Bahnhof in Belgard empfing Ismet Pascha keine Journalisten, ließ jedoch durch seinen Sekretär verschiedene Fragen beantworten. „Ismet Pascha“, lautete die Erklärung, „ist diesmal er-mächtigt, alle Beschlüsse, welche die Konferenz in Kaufanne fassen sollte, und die diesmal endgültig sein werden, zu unterzeichnen. Die Konferenz wird, wie das „A. T.“ berichtet, über die Mossul-Frage nicht verhandeln, weil diese zwischen der Angora-Regierung und den Ententemächten unklar im Notennwege erledigt wurde. Die türkische Vertretung wird diesmal nur darauf dringen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, die für die Türkei eine Lebensfrage sind, endgültig geregelt werden. Unsere Delegation, insbesondere Ismet Pascha, reiste nach Kaufanne in optimistischer Stimmung. Die Delegation war bereit, gewisse Zugeständnisse zu machen, natürlich dies nur dann, wenn sich auch auf anderer Seite Nachgeben und guter Wille zeigen sollten.

Die türkische, die italienische und die polnische Delegation sind in Kaufanne eingetroffen.